

BERND IHME

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAU KERNBEREICHE LINKER POLITIK

1. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – GEFÄHRDUNGEN UND CHANCEN

Alltagserfahrungen – beunruhigende Entwicklungen

Meldungen über Klimaveränderungen, Naturkatastrophen und Zerstörungen unserer natürlichen Umwelt gehören mittlerweile zu unserem Alltag. An Nachrichten über Hurrikane, Tsunamis und Erdbeben sind wir schon fast gewöhnt. Wir erfahren, dass wichtige industrielle Rohstoffe und fossile Energieträger wie Kohle und Öl in wenigen Jahrzehnten kaum noch zur Verfügung stehen werden. In großen Regionen der Erde mangelt es bereits jetzt an Wasser und anderen lebenswichtigen Gütern. In dichtbesiedelten Gebieten und industriellen Ballungszentren leiden die Menschen unter Luftverschmutzung, Lärm und sich häufenden Abfallbergen. In der Natur sind weitere Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Die Furcht vor Klimaveränderungen und Naturkatastrophen hat auch in Deutschland zugenommen.

In einer Minute ...

... beträgt der Kohlendioxid-Ausstoß über 38.000 Tonnen.

... zerstören die Menschen 3,5 Quadratkilometer Wald.

... produzieren wir alle über 15.000 Tonnen Müll.

... belasten zusätzlich über 90 neue Autos unsere Umwelt.

... werden rund 60.000 Tonnen Erde abgeschwemmt oder abgetragen.

... nimmt die Erdbevölkerung um 165 Menschen zu.

*... geht fast ein Quadratkilometer Naturfläche durch
Bebauung oder Versiegelung verloren.*

... sterben ca. 40 Menschen an Hunger.

*(Aus: Hans-Georg Herrnleben/Jochen Henrich, Thema im
Unterricht 7/1997: Umweltfragen, Bundeszentrale für poli-
tische Bildung Bonn)*

Zu den beunruhigenden Faktoren unseres heutigen Alltagslebens gehören auch zunehmende Ängste vor Gewalt und Kriminalität, vor Terrorismus und Krieg, vor Perspektivlosigkeit, sozialen Notlagen, schweren Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit im Alter. Viele Menschen leiden unter der Angst vor persönlichem Versagen, vor Arbeitslosigkeit und vor sozialem Abrutschen. Ihr Blick in die Zukunft ist voller Sorgen und Zweifel. Vor allem hält die Sorge um sichere Arbeitsplätze an.

*Laut einer Repräsentativ-Umfrage unter 1000 Deutschen,
die vom Meinungsforschungsinstitut EMNID im Auftrag des
Karriere-Portals jobware.de seit Beginn 2000 durchgeführt
wurde, haben 30 Prozent der Deutschen Angst vor der
Zukunft. Hochgerechnet sind dies 23,3 Millionen Bundes-*

*bürger, die sich Sorgen über das Morgen machen. Vor allem
hält die Sorge um sichere Arbeitsplätze an. 31 Prozent der
Berufstätigen (dies entspricht 8,1 Millionen Menschen)
befürchten, dass ihr Arbeitsplatz gefährdet sein könnte.*

Mit Blick auf die Zukunft macht sich auch in weiten Teilen der Jugend Unruhe breit. Verantwortlich ist hierfür vor allem die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder keinen angemessenen Job zu finden. Viele junge Menschen verfügen über Kreativität und gute Fähigkeiten, die sie unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen jedoch nicht voll zur Entfaltung bringen können. Frust macht sich breit. Während die vorhergehenden Generationen in ihrer Jugend noch so etwas wie Utopien und optimistische Zukunftsvorstellungen besaßen, leidet die heutige Jugend unter fehlenden Perspektiven und aktivierenden Orientierungen. Vermissen werden anspornende Zukunftsbilder als Alternative zur nur auf Konsum ausgerichteten Gesellschaft. (Vgl.: *Jugendstudie vom Rheingold-Institut für qualitative Markt- und Medienanalysen aus dem Jahre 2007*)

Armut, Krankheiten und Hunger breiten sich in großen Teilen der Welt massenhaft aus. Millionen Menschen waren in den vergangenen zehn Jahren unterwegs, um Massenarmut, Hunger, Elend und der Barbarei von Bürgerkriegen zu entkommen oder ihre zurückgebliebenen Familien über Wasser zu halten. Massenwanderungen aus Südost- und Südasiens in die Golfregion, aus Afrika über die Mittelmeerregion nach Südeuropa, aus Ost- nach Westeuropa und aus Süd- und Zentralamerika nach Nordamerika sind keine Ausnahmen. Die Armen und Entrechteten der Metropolen und vieler Schwellenländer bestehen heute zu 10 bis 20 Prozent aus Migrantinnen und Migranten.

Das Thema Zukunft und «nachhaltige Entwicklung» ist längst im Bewusstsein vieler Menschen angekommen. Nachhaltigkeit wurde zum Inhalt von politischen Verlautbarungen und Konzepten aller politischen Parteien, von gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen. Beschrieben und gefordert werden vorrangig notwendige Wandlungsprozesse im Bewusstsein und im künftigen Handeln der Menschen. Analysen offenbaren, dass die Art und Weise gegenwärtiger Produktion und Wirtschaft Grenzen erreicht hat, und geben wichtige Impulse für öffentliche Diskussionen über Sinn und Ziel ablaufender Wirtschaftsprozesse. Woran liegt es, dass dennoch notwendige Veränderungen in diese Richtung kaum oder nur schleppend vorankommen? Dafür gibt es sicherlich verschiedene Ursachen. Uns sollen hier vor allem jene interessieren, die mit Macht und Politik zusammenhängen, denn

die Frage einer nachhaltigen Entwicklung steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Frage nach ökonomischen und politischen Interessen, nach den Machtverhältnissen in den heutigen Gesellschaften.

Linke Politik setzt an den konkreten Problemen und Sorgen der Menschen an. Wenn es um die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft geht, dann muss sich die Linke den Problemen nachhaltiger Entwicklung verstärkt zuwenden. «Zuwenden» reicht jedoch nicht.

Fragen der Nachhaltigkeit gehören ins Zentrum linker Politik im 21. Jahrhundert. Dabei besteht die Herausforderung für Linke nicht nur darin, Gefahren, Risiken und Bedrohungen aufzuzeigen. Vielmehr sind die gesellschaftlichen und politischen Ursachen und Zusammenhänge zu analysieren und aufzudecken. Schließlich enthalten kapitalistische Gesellschaften eine Reihe von Errungenschaften und Entwicklungspotenzialen, an die anknüpfend sich Chancen für neue Entwicklungsperspektiven ergeben. Es sind realistische Alternativen zu entwickeln und zu verbreiten, die eine andere, eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.

Insofern steht die Linke für einen optimistischen Blick in die Zukunft und für eine konkrete nachhaltige Politik, die im Hier und Heute beginnt. Als großes Fernziel streben Linke eine moderne, demokratische und solidarische Gesellschaft an, die sie mit ihrer Vision eines demokratischen Sozialismus verbinden. Gravierende Veränderungen in der Klima-, Energie-, Rohstoff- und Umweltpolitik müssen jedoch bereits in den kommenden 20 bis 25 Jahren vorgenommen werden, soll die Entwicklung nicht in katastrophalen Zuständen unserer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt einmünden. Der Kapitalismus wird nicht demnächst und von allein zusammenbrechen. Symbolische Politik bringt uns nicht weiter. Linke müssen zielgerichtet und offensiv eingreifen in die sozialen Prozesse und Auseinandersetzungen. Lösungen sind jetzt zu entwickeln, die über das Bestehende hinausweisen, aber auch schon heute Zerstörung, Gewalt, Diktatur und neue Kriege weltweit verhindern helfen.

Nachhaltigkeit – was heißt das?

Unter Nachhaltigkeit verstehen wir eine dauerhaft zukunftsfähige Entwicklung, die die ökonomische, ökologische, soziale und solidarische Dimension menschlichen Handelns vereint. Zwischen diesen Seiten der Nachhaltigkeit bestehen enge dialektische Wechselbeziehungen, woraus sich ergibt, dass sie in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander gestaltet werden müssen.

Die Gleichgewichtigkeit der ökonomischen, ökologischen, sozialen und solidarischen Entwicklung wird jedoch heute vor allem durch die herrschende kapitalistische Wirtschaftsordnung immer wieder aufs Neue untergraben bzw. zerstört. Die Folge davon sind ein bedrohlicher werdender Klimawandel, zunehmende Umweltzerstörungen, ein weitweites Anwachsen von Armut, Elend und sozialer Ungerechtigkeit und das Entfachen immer neuer Kriege und Gewalttaten. Leidtragende sind national wie international vor allem die armen, benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsschichten. Natur- und Umweltzerstörung berauben künftige Generationen ihrer Lebensgrundlagen. Nach einer offiziellen Definition der «Weltkommission für Umwelt und Entwick-

lung» aus dem Jahre 1987 ist eine Entwicklung dann nachhaltig, wenn sie «den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen». Auf der UN-Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro einigten sich 180 Regierungen darauf, maßgebliche Veränderungen in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in Angriff zu nehmen und vereinbarten in der «Agenda 21» konkrete Maßnahmen und Vorhaben.

Die am häufigsten gebrauchte Definition von «nachhaltiger Entwicklung» stammt von Lester Brown, dem Gründer des Worldwatch Institute. Sie wurde in dem Bericht «Our Common Future» der Brundtland-Kommission aufgegriffen: «Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.» (World Commission on Environment and Development (WCED), Our Common Future, Oxford 1987, p. 43)

In Deutschland präsentierte am 9. Juli 1998 die Enquete-Kommission «Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung» des Deutschen Bundestages ihren Abschlußbericht. Der Bericht «Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung» umfasst 400 Seiten. Danach sollen wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und ökologische Verträglichkeit als gleichberechtigte Ziele betrachtet und miteinander in Balance gebracht werden. «Doch diese Gleichstellung verkennt die Absolutheit sowohl ökologischer Grenzen als auch der Menschenrechte. Deshalb wird eine Politik der Zukunftsfähigkeit vordringlich die Grenzen der Tragfähigkeit der Ökosysteme beachten und von dort aus Leitplanken für Wirtschaft und soziale Sicherheit formulieren. Ein ähnlicher Unbedingtheitsanspruch kommt den Menschenrechten zu; die kosmopolitische Verpflichtung, sie zu gewährleisten, kann nicht gegen andere Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit oder Besitzstandswahrung verrechnet werden. Die Wirtschaftsdynamik innerhalb von ökologischen und menschenrechtlichen Leitplanken zu halten ist als Kernprogramm der Nachhaltigkeit zu begreifen.» (*Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Studie des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt, Energie. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2009, S. 26.*)

Das größte Defizit der laufenden Nachhaltigkeitsdebatten besteht heute darin, dass die Zustandsbeschreibungen und Appelle nicht bis zur Analyse der Eigentums-, Macht- und Interessenkonstellationen vordringen, die letztlich zu Raubbau an der Natur und Ausbeutung des Trikonts führen. Insofern ist die gegenwärtig geführte Nachhaltigkeitsdebatte noch keine wirklich emanzipatorische, weil sie den sozialen und herrschaftspolitischen Gehalt des Problems weitgehend ausblendet.

Selbst herrschende neoliberale Kräfte bedienen sich des Begriffs der Nachhaltigkeit, um ihn zugleich gegen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen einzusetzen. Im Unklaren bleibt auch die Frage, welche politischen Subjekte es denn sind, die für neue und andere politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen sorgen, um eine nachhaltige Entwicklung real zu gewährleisten.

Die Bestimmung von Nachhaltigkeit aus dem Jahre 1987 muss die seitdem gemachten Erfahrungen berücksichtigen und heute präziser gefasst werden. Nachhaltige Entwicklung bedeutet eine grundsätzliche Abkehr von Konzepten, wonach die Selbstregulation des Marktes alles richten wird. Und sie bedeutet, sich konsequent von der Vorstellung zu verabschieden, dass mehr Wirtschaftswachstum ein besseres Leben ermöglichen würde. Heute wird deutlich, dass am Profit orientiertes Wachstum mehr Nach- als Vorteile mit sich bringt.

Deshalb steht Wachstumszwang deutlich im Widerspruch zur Nachhaltigkeit.

Schließlich wird die Rettung der Biosphäre nicht gelingen, wenn nicht endlich die Vorherrschaft des Nordens über den Süden beendet und wirkliche Kooperation angestrebt wird. Denn nach wie vor nutzt der Norden seine strukturelle Macht in der Finanz-, Handels- und Entwicklungspolitik zu Ungunsten des Südens aus. «Umweltpolitik, die nicht gleichzeitig Solidaritätspolitik ist, wird darum erfolglos bleiben. ... Ohne eine Wende in der Hegemonialpolitik, vor allem was Schulden, Patente und Handelsverträge angeht, ist eine ernsthafte Kooperation der Südländer für den Auszug aus der fossilen Ökonomie nicht zu erwarten.» (*Ebenda*, S. 28)

Nimmt man Nachhaltigkeit wirklich ernst, dann resultieren daraus drastische Anforderungen an grundlegende Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sowie an ein verändertes Verhalten der Menschen in praktisch allen Lebensbereichen. Nicht nur Konsumgewohnheiten müssen geändert werden, sondern es geht um einen fundamentalen Bewusstseinswandel und um einen grundlegenden Richtungswechsel in der Politik.

Nachhaltigkeit bedeutet, dass im *ökonomischen Bereich* neue Formen des Wirtschaftens eingeführt werden, die den Faktor Natur als weiteren Produktionsfaktor stets berücksichtigen, und dass mit der bisher praktizierten Wachstumslogik in der Wirtschaft gebrochen wird. Das setzt wiederum grundlegende Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen voraus.

Die Bewahrung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt ist eine zutiefst soziale Angelegenheit und zentrale Säule von Gerechtigkeit. Deshalb stellen sich gerade im sozialen Bereich neue Anforderungen an die Realisierung gerechter Entwicklungschancen im Rahmen der Nord-Süd-Problematik. Es geht innerhalb der Gesellschaft um eine ökologische Modernisierung, die sozialverträglich verläuft. Und schließlich müssen die Interessen künftiger Generationen bei der heute stattfindenden Chancenverteilung mitbedacht werden, d. h., unsere Gesellschaft muss sich an der Tatsache orientieren, dass unsere Gegenwart unwiderruflich die Vergangenheit der Zukunft ist, über deren Chancen daher heute mitentschieden wird. Das führt im Sozialen zu Interessenkonflikten mit der auf Profitmaximierung ausgerichteten Wirtschaft.

Dies alles erfordert die Bereitschaft der Gesellschaft, der Wirtschaft und jedes Einzelnen, sich diese erheblichen Anforderungen an Verhalten, Produktions-, Konsum- und letztlich Lebensstile anzunehmen und sich darauf konkret einzulassen. Die wohl gravierendsten Veränderungsanforderungen stellen sich damit im *politischen Bereich*. Schon die Formulie-

rung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung droht das bestehende politische System, das auf kurzfristigen Wahlerfolg programmiert und an permanenter Wohlstandsmehrung aus Gründen des Machterhalts orientiert ist, prinzipiell zu überfordern.

Die Linke beteiligt sich an der Nachhaltigkeitsdebatte, indem sie die ökologische Frage konsequent mit der sozialen Frage verbindet. Der sozial-ökologische Umbau wird als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen angesehen. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen soll nicht mehr den Profit als oberste Maxime haben, sondern an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet werden.

Die Linke bleibt nicht bei Expertendiskursen stehen, sondern fordert die aktive Teilhabe von Betroffenen an den notwendigen Entscheidungsprozessen. Sowohl bei der Formulierung von Zielen nachhaltiger Entwicklung als auch für deren verbindliche Umsetzung bedarf es einer neuen «Dialogkultur», die bei den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft die Bereitschaft voraussetzt, sowohl die Definition der Ziele als auch die Umsetzungsschritte in einem offenen demokratischen Prozess mit Gruppen, Verbänden, Organisationen und engagierten Einzelnen gemeinsam zu erarbeiten. Linke kämpfen gegen den Trend an, dass politische Veränderungen nicht von unten erkämpft, sondern per Stellvertreterpolitik auf spektakulären, medienwirksamen Konferenzen ausgehandelt werden.

Globale Großprobleme – Krisen und Chancen

Zu den großen globalen Problemen unserer Zeit gehören die Belastungen der Umwelt wie Klimawandel, Staub, Müll, Lärm, Krankheiten, die globalen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die anwachsenden sozialen Probleme verbunden mit Armut, Hunger und Massenarbeitslosigkeit, Schwierigkeiten, die aus dem Bevölkerungswachstum resultieren, wie Nahrungs- und Wassermangel, der Kampf um Energie und Rohstoffe und die Risiken, die sich aus der modernen Technologieentwicklung ergeben.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich diesbezüglich kaum etwas positiv verändert. Immer noch verhungern Menschen, obwohl in der industrialisierten Welt mehr Nahrungsmittel denn je weggeworfen werden. Die Grüne Gentechnologie hat es nicht geschafft, die Menschen satt zu machen. Dafür haben Forscher gezeigt, dass gentechnisch veränderte Pflanzen zu großen Problemen in der Umwelt führen können. Schmelzende Gletscher in Zentralasien und in Europa, eine im Sommer eisfreie Nordwest-Passage und immer stärker bedrohte Korallenriffe sind nur einige Indizien der Klima-Situation. Hinzu kommen bereits jetzt verschärfte Kämpfe um Trinkwasser in einigen Regionen der Erde. Trotz des immer noch mangelhaften Wissens über die Vielfalt des Lebens auf der Erde – und den ehrgeizigen Bemühungen einer weltumspannenden neuen Systematik des Tier- und Pflanzenreichs – verschwinden mehr und mehr Spezies. Umweltorganisationen haben auch 2009 wieder vor einem Kollaps der weltweiten Fischerei gewarnt. Erstmals gab es 2009 Berechnungen über das Ausmaß des größten Müllstrudels der Welt vor der US-Pazifikküste. Umweltgifte setzen nicht nur Pflanzen und Tieren, sondern auch den Menschen zu.

Die Beschreibungen der Bedrohungen und der gegenwärtigen Krisensituation, in der sich die kapitalistische Welt befindet, münden nicht selten entweder in einem irrationalen Hoffen darauf, dass es «bald wieder aufwärts gehen wird» oder in der Beschwörung von «Endzeitstimmungen». Befindet sich der Kapitalismus wirklich schon im Koma? Die Beschreibungen der Gefahren und auch ständige Appelle reichen nicht aus. Soll etwas konkret erreicht werden, müssen gründliche Analysen der Ursachen und Zusammenhänge der Krisenprozesse, die inneren Widersprüche, die den Entwicklungen zugrunde liegen, aufdecken und alternative Ansätze verdeutlichen. Und das heißt immer, auch danach zu fragen, welche Chancen es in der Krise gibt, um neue Entwicklungen einzuleiten und neue Entwicklungspfade zu betreten.

«Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.» (Max Frisch)

Gebraucht werden gegenwärtig Vorstellungen über mögliche konkrete erste Schritte eines transformatorischen Prozesses, der zu grundlegenden Veränderungen führt. Nach Karl Marx stellt sich die Menschheit stets nur Aufgaben, die sie lösen kann und bei denen die materiellen Bedingungen zu ihrer Lösung vorhanden sind. An solchen Bedingungen mangelt es gegenwärtig nicht. Auch an der Dringlichkeit radikaler Veränderung bestehen angesichts von Klimakrise, Ressourcenschwund und verschlechterter sozialer Lage von Millionen keine Zweifel. Aber die herrschenden Kreise sind zu einem grundlegenden Umdenken und Umlenken nicht bereit oder nicht fähig.

Ein Beleg dafür ist das Krisenjahr 2009. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise traf im Besonderen die Automobilindustrie, die unter Überproduktion und zu hohem CO₂-Ausstoß ihrer Fahrzeuge leidet. Die Situation wurde in der Autobranche jedoch nicht dazu genutzt, einen zielgerichteten Strukturwandel einzuleiten, der sich an einem ökologisch und sozial verträglichen Mobilitätskonzept orientiert. Stattdessen wurde eine milliardenschwere Abwrackprämie «auf den Weg gebracht». Der Einstieg des Staates beim Autokonzern Opel führte nicht dazu, neue Varianten betrieblicher Mitbestimmung und öffentlicher Kontrolle durchzusetzen. Die Konzerntochter von General Motors wurde lediglich vor dem Absturz bewahrt, und nun geht es weiter wie bisher. Die Rettung von Banken wurden nicht einmal ansatzweise für eine Stärkung eines öffentlichen Finanzsektors genutzt, der sich entschlossener der Finanzierung u. a. von erneuerbarer Energie zugewandt hätte. Kurzarbeit konnte Entlassungen von Beschäftigten vorübergehend verhindern, aber eine ernsthafte Debatte über Alternativen zum derzeitigen Erwerbsregime, das Millionen ausschließt, wollten nicht einmal die Gewerkschaften anstoßen. Keines der Konjunkturprogramme hatte auch nur den Anspruch, in irgendeinem Sektor für einen Kurswechsel zu sorgen. Stattdessen bestimmte das alte Wachstumsdenken die Krisenbewältigungs-Werkelei. (Vgl.: Tom Stroh Schneider: *Immer geradeaus. In: der Freitag*, 28. 12. 09.) Eine solche «Reparaturpolitik» hat mit Zukunftsorientierung, Weitsicht und Nachhaltigkeit absolut nichts zu tun. Zwar konnten Realökonomie und Finanzsektor einigermaßen stabilisiert werden, aber zugleich wurde keines der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme auch nur ansatzweise angepackt.

Krisen markieren Wendepunkte. Genau da liegt die Produktivität von Krisen. Das meint die ursprüngliche Bedeutung des aus dem Griechischen stammenden Wortes «krisis» – «entscheidende Wendung». Krisen verpflichten dazu, neue Wege zu beschreiten, sich neue Regeln zu geben und neue Einsatzformen zu finden, positive Erfahrungen zu nutzen und negative zu verwerfen. Deshalb kann Krisenbewältigung nicht auf Wiedererlangung von wirtschaftlicher Stabilität und Effizienz beschränkt werden, sondern muss sich vor allem an den Menschen orientieren, deren Existenz und deren Zukunft betroffen sind.

Was die Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus, seine Krisen und mögliche Chancen für entscheidende Wendungen betrifft, so bestehen durchaus verschiedene Möglichkeiten: Es kann mit geringen Veränderungen weitergehen wie bisher. Möglich wäre ein Kurs, der an Stelle neoliberaler Deregulierung verstärkt auf Regulierung und sogenannten grünen Kapitalismus setzt. Es könnte jedoch bei entsprechendem Druck auch zu einem Richtungswechsel in der Politik kommen, der zum Einstieg in einen wirklichen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft führt. Im schlimmsten Fall wäre eine Flucht der Machteliten in eine demokratie- und zivilisationszerstörerische Herrschaftsvariante des Kapitalismus jedoch auch nicht auszuschließen. (Vgl.: Dieter Klein: *Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht. Reihe: einundzwanzig. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, S. 220ff.*)

«Green New Deal» – die Lösung?

Bei der gegenwärtigen Krise haben wir es mit einer Verflechtung verschiedener Krisenprozesse zu tun, deren Bewältigung wiederum nur durch eine Verknüpfung verschiedener Lösungsvarianten möglich sein wird. Vor dem Hintergrund von Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Verquickung mit den Klima-, Energie- und Nahrungsmittelkrisen ist ein wahrer Boom von neuen «New Deal Projekten» entstanden – vom «Green New Deal» ist allerseits die Rede. Dahinter stehen nicht nur grüne Parteien, NGO's, Umweltverbände, Forschungseinrichtungen und Institutionen der UNO, sondern ebenso einflussreiche Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen, Pharma-, Bio- und Gentech-Unternehmen, Automobilkonzerne, Nanotech- und Chemieunternehmen, selbst Ölkonzerne und die Branche der regenerativen Energien, Venture-Capital Fonds und große Versicherungskonzerne. Bei all ihrer gravierenden politischen Unterschiedlichkeit ist ihnen ein Anliegen gemeinsam – sie drängen auf ein Regierungshandeln, welches einen staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub bei grünen Technologien bewirken soll. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum wird gleichzeitig als ökologischer Fortschritt verstanden, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt wird. Es geht darum, Lösungen für gesellschaftlich relevante Probleme einzuleiten und Machtkonstellationen zu verändern, ohne aber die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten.

«Im Zentrum steht die Idee eines ›Green New Deal‹, die weltweit als Antwort auf die Doppelkrise von Wirtschaft und Umwelt diskutiert wird. So unterschiedlich die Konzepte auch sein mögen, die unter diesem Titel segeln, so haben sie

doch einen gemeinsamen Kern: Erstens geht es um einen großen Sprung in Richtung einer nachhaltigen Ökonomie. Darunter fallen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die ökologische Sanierung von Gebäuden, eine breit angelegte Förderung erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Technologien. Zweitens geht es um mehr Chancengleichheit und soziale Teilhabe, vor allem durch massive Investitionen in Bildung und berufliche Qualifizierung. Und schließlich geht es darum, den globalen Kapitalismus in ein globales Regelwerk einzubetten und den Rückfall in Protektionismus und Nationalismus zu verhindern. ... Wir brauchen einen großen gesellschaftlichen Aufbruch, wenn wir die Krise nutzen wollen, um den Kapitalismus zu erneuern und die Welt zu verbessern.» (Ralf Fücks, böll. Thema 1/2009, 1)

«Green New Deal» ist der Versuch des Umgangs mit der ökologischen Krise im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Hegemonie: Dazu sollen umweltbewusste und an umweltverträglichen Technologien interessierte Gruppierungen einbezogen werden. Angestrebt wird eine Umgestaltung der gesamten Produktionsstruktur, der Praxis und Kultur des Konsumismus, der Ökonomie der Autogesellschaft, der Struktur unserer Städte und unseres gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur, ohne den Kapitalismus selbst infrage zu stellen und überwinden zu wollen. Ein grüner New Deal erschließt neue Akkumulationsfelder für das nach Investitionsmöglichkeiten suchende Kapital durch das weitere Zur-Ware-Machen von natürlichen Ressourcen im Bereich von Biodiversität oder Gentechnologie. Er sucht nach Technologien zur ökologischen Effizienzsteigerung in Produktion und Energieversorgung, neue Investitions- und Absatzmärkte im Zertifikats- bzw. Emissionshandel und im ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos usw.). Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien verspricht auf etliche Billionen Dollar anzuwachsen. So entsteht die Hoffnung, ein neues, riesiges, zukunftsfähiges Feld der Kapitalakkumulation und der Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze zu erschließen und die sich zuspitzenden sozialen Probleme zu bewältigen. Green New Deal ist ein marktorientiertes Konzept, das an die vorhandenen realen marktwirtschaftlichen Verhältnissen anknüpft. «Dass der Markt, nicht aus sich heraus die ökologische Wende hervorbringen wird, ist eine Binsenweisheit. Die Politik muss – national und international – die Vorgaben setzen, um die Märkte in eine ökologische Richtung zu lenken. Aber genauso illusionär ist die Vorstellung, staatliche Regulierung könnte die Kreativität der Marktwirtschaft ersetzen, in der Millionen und Abermillionen von Produzenten und Konsumenten eigenverantwortlich handeln.» (Vgl.: Ralf Fücks: *Die ökologische Transformation des Kapitalismus*. In: *Heinrich-Böll-Stiftung/Struktur*, 4. August 2009)

Problematisch ist hieran nicht, dass einschneidende Veränderungen der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse und ernsthafte Lösungen der großen globalen Probleme angestrebt werden. Das Problematische besteht vielmehr darin, dass über das Angebot einer Vielzahl pragmatischer Lösungen zu konkreten Problemen nicht hinaus gedacht wird. Der Kapitalismus soll erneuert, aber nicht überwunden werden.

Kräfte des konservativen Lagers bis hin zu den GRÜNEN sehen in einem Green New Deal also neue Entwicklungsmöglichkeiten für einen «grünen Kapitalismus». «Der Kapitalismus ist ein hochgradig lernfähiges, evolutionäres System, das bisher noch jede Krise und jede Opposition in einen Innovationsschub verwandelt hat», meint der Publizist und Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Ralf Fücks. (Vgl.: Ralf Fücks, Kristina Steenbock: *Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?* In: *Grüne Marktwirtschaft*. Berlin 2007, S. 63.)

Doch wenn Natur und Umweltschutz zur Ware werden, werden dann nicht auch die Möglichkeiten zur Lösung der ökologischen Krise beschränkt? Eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, der Praxis und Kultur des Konsumismus, der Ökonomie der Autogesellschaft, der Struktur unserer Städte, unseres gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten – ist das überhaupt möglich? Wird es nicht eher so sein, dass eine neue Wachstumsbeschleunigung und das Eröffnen neuer Sphären der Profitrealisierung lediglich der zerstörerischen Profitdominanz neue Impulse geben und vieles, von dem was im Sinne einer Ökologisierung der Wirtschaft bisher erreicht wurde, wieder infrage gestellt wird. Zurecht lehnen Linke einen solchen Entwicklungsweg ab.

Green New Deal bleibt voll und ganz im kapitalistischen System eingebunden, weil u. a.

- das Streben nach Profitmaximierung in der Wirtschaft nicht angetastet wird,
- Lösungen ökologischer Probleme vor allem als technologische «Verbesserungen» aufgefasst werden,
- im Falle des Erfolgs generell das Wachstum vorangetrieben wird,
- soziale Ungleichheit weiter vertieft und die Interessen der sozial Schwachen marginalisiert werden,
- die großen Unterschiede der Entwicklung im internationalen Maßstab nicht überwunden werden.

Gegenwärtig ist die Auseinandersetzung mit der Strategie eines Green New Deal zu einer großen Herausforderung für die Linke geworden. Linke Kritik am Konzept eines grünen Kapitalismus hat unter anderem Folgendes zum Inhalt:

Unternehmen und Politiker, die für einen grünen Kapitalismus werben, setzen in erster Linie auf technologische Umwälzungen. Aber alle Fortschritte in den Umwelttechnologien können die Naturbelastungen nicht in dem notwendigen Maße begrenzen, wenn die Marktmechanismen weiter zu verbrauchsintensiven Lebensweisen führen und die steigende Nachfrage eine Überkompensation technologischer Effizienzsteigerungen bewirkt. Viel entscheidender ist es, effizienter mit den Ressourcen umzugehen, fossile Energiequellen durch erneuerbare Energien zu ersetzen und einschneidende Veränderungen in der Lebens- und Konsumweise zu bewirken. Ein grüner Kapitalismus wird durchaus in der Lage sein, mit neuen Umwelttechnologien Naturressourcen zu sparen. Jedoch von der Kapitalverwertung getrieben werden zugleich immer wieder umweltschädigende Wirkungen reproduziert. Die Unternehmen werden unter dem Druck der Marktkonkurrenz nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben weiter wirtschaften, soweit wie möglich die Umwelt schonend, aber ohne gesamtwirtschaftliche ökologische Rationalität. Die Folgen werden weiter sein: eine Unterentwicklung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe, Umwelt belastende

globale Wertschöpfungsketten über sinnvolle internationale Arbeitsteilung hinaus, eine Unterentwicklung öffentlicher Daseinsvorsorge als Kehrseite individualisierter Überkonsumtion wohlhabender und reicher Schichten, soziale Nord-Süd-Polarisierung mit der Folge verbreiteter Armut in großen Erdregionen und daraus resultierender Umweltzerstörung, Einsatz von militärischer Gewalt zur Sicherung von Ressourcen und Expansion.

Nach dem Green Deal Konzept sollen Marktmechanismen nicht begrenzt, sondern dem Markt soll ökologische Vernunft eingehaucht werden. Das könnte unter anderem durch eine «Verpreisung der Natur» geschehen, die die Belastung der Natur als Kosten ausweist. Auf diesem Hintergrund wird von den Exponenten eines grünen Kapitalismus der Handel mit CO₂-Zertifikaten als das entscheidende Instrument zur Abwendung einer Klimakatastrophe angesehen. Eine grundlegende Lösung ist dies aus Sicht der Linken jedoch nicht. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Konzept eines grünen Kapitalismus zur grundlegenden Lösung der drängenden Umweltprobleme letztlich ungeeignet ist.

Aber reicht die prinzipielle Ablehnung einer solchen Politik aus? Beschränken sich linke Kräfte darauf, diese Politik eines grünen Kapitalismus lediglich zu attackieren und vorhandene umweltpolitische Erfolge unter kapitalistischen Vorzeichen unbeachtet zu lassen, wird es schwer sein, mobilisierende realistische Alternativen zu entwickeln und in die Auseinandersetzung einzubringen. Chancen für politische Einflussnahme und für einen realen Politikwechsel können durch eine konsequente Haltung des Verneinens wohl kaum genutzt werden. Die Kritik an illusionären Verheißungen eines grünen Kapitalismus ist absolut notwendig – allerdings dürfen dabei neue Bewegungsräume für die notwendige Auseinandersetzung nicht aus dem Blickfeld geraten. Denn die stets beweglichen Grenzen des Kapitalismus schließen nach allen historischen Erfahrungen stets erhebliche Anpassungspotenziale und Bewegungsspielräume innerhalb dieser Grenzen ein. So ist es möglich, dass auch unter kapitalistischen Bedingungen Teilerfolge einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden. Darauf sollte sich linke Politik einstellen und bewusst bestimmte Möglichkeiten für den Einstieg in einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft nutzen. Sie sollte vorhandene Differenzen innerhalb des herrschenden Blocks erkennen und diese nutzen, um öffentlichen Druck zur Verwirklichung dessen zu erzeugen, was die Herrschenden zu nachhaltiger Entwicklung so alles versprechen.

Denn sich der Gefahren des Klimawandels und eines die Umwelt zerstörenden Handelns bewusste Teile der herrschenden politischen und ökonomischen Machteliten werden verstärkt auf den Weg eines grünen Kapitalismus setzen. Die dabei durch das Beibehalten des Profitsystems aufbrechenden Widersprüche, Konflikte und die sichtbar werden Grenzen könnten die Linken im Bündnis mit Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen nutzen, um durch Druck von Gegenmächten auf demokratischem Wege Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu bewirken und einen wirklichen sozial-ökologischen Umbau einzuleiten.

Ein grüner New Deal könnte mehr sein, als ein ökologisch geprägtes, kurzfristiges Programm zur Einhegung der Krise.

Er beinhaltet vielmehr einen staatlich initiierten und massiv subventionierten Übergang zu einer ökologischen Produktionsweise, die neue Akkumulationsfelder für das nach Investitionsmöglichkeiten suchende Kapital erschließt sowie neue Absatzmärkte und einen ökologisch betonten Konsum ermöglicht. Insofern der Green New Deal Grundprobleme der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise aufgreift und die Strukturen der Reproduktion zu verändern sucht, bietet er deutliche Ansatzpunkte für eine transformatorische Politik, die über den Kapitalismus hinausweist. So könnte Green New Deal zu einem Hauptfeld des Kampfes für eine solidarische Gesellschaft werden.

Linke sollten sich nicht auf eine Fundamentalkritik am «Green New Deal» beschränken. Eine solche Kritik kann eine gründliche theoretische und strategische Arbeit in punkto Nachhaltigkeit und sozial-ökologischen Umbau nicht ersetzen. Hier besteht bei Linken durchaus Nachholbedarf. Der Verzicht auf eine offensive Auseinandersetzung mit «Green New Deal» würde zugleich bedeuten, auf die Debatte zur eigenen Vision und um das Ringen um Mitstreiter und Mitstreiterinnen zu verzichten. Die Linke sollte sich offensiv in die «Green New Deal-Debatte» einbringen und zugleich andere Akteure einladen, an ihrem Projekt eines «sozial-ökologischen Umbaus» mitzuwirken. Denn allein kann sie ihr Projekt nicht realisieren.

Linke sollten Green New Deal also nicht per se ablehnen. Vielmehr gilt es herauszufinden, inwieweit in den konkreten «Green New Deal-Projekten» Ansätze enthalten sind, um die aktuellen und dringlichsten Probleme abzumildern und reale Lösungsschritte einzuleiten. Gibt es in den Projekten Ansatzpunkte für einen sozial-ökologischen Umbau und für eine Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen, in diesem Sinne tätig zu werden, um «Entpolitisierung» und «Desinteresse» zu überwinden und die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse verändern zu können, so sollten diese die volle Unterstützung der Linken finden.

Die dringlichsten gesellschaftlichen Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, resultieren aus sozial und ökologisch zerstörerischen Prozessen. Diese Probleme werden von vielen Menschen wahrgenommen, und es gibt vielfältige Aktivitäten, sich in Parteien, Bewegungen, Organisationen, Vereinen, Kirchen zu organisieren, um etwas gegen diese zerstörerischen Tendenzen zu tun. Für Linke gibt es also genügend Ansatzpunkte, gemeinsam mit anderen sich diesen Entwicklungen offensiv entgegenzustellen und gerechte Problemlösungen zu befördern. Dabei können sie ihre breite Bündnisfähigkeit unter Beweis stellen und zugleich ihre Vorstellungen von individueller Freiheit, sozialer Gleichheit, solidarischem Miteinander, einer friedlichen Welt und von Vernunft und Verantwortung im Umgang mit der Natur in die Auseinandersetzungen einbringen. Denn diese zielen auf eine Gesellschaft, in der die freie Entfaltung einer und eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist – auf die Gesellschaft eines demokratischen Sozialismus. (Vgl. *Judith Dellheim, Frieder Otto Wolf: Die Green New Deals – Positionen von Links. In: standpunkte 11/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.*)

2. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – HANDLUNGSFELD DER POLITIK

Politik der Herrschenden blockiert nachhaltige Entwicklung

Bei der Suche nach den Ursachen für die gegenwärtigen Krise wird nicht selten auf ein grundsätzliches Versagen des Staates verwiesen. Kontrolle und Regulierung hätten nicht funktioniert. Als Ausweg wird inzwischen nicht ein Mehr an Regulierung, sondern vor allem eine qualitativ bessere Regulierung empfohlen. Dahinter steht die Frage, wer die Gesetze des Handelns eigentlich diktiert: die Politik oder die Wirtschaft? Es sind die Interessen des großen Finanz- und Wirtschaftskapitals, nach denen sich die herrschende Politik vor allem richtet. Heute besitzen die Lobbyisten der großen Banken und Konzerne ihre Büros bereits direkt in den einzelnen Ministerien und Dienststellen der Regierung. Im EU-Regierungsbezirk in Brüssel wimmelt es nur so von Beratungsbüros.

In der Bundesrepublik haben sich in den letzten Jahren in den Häusern der Ministerien von Bund und Ländern die Vertreter von Konzernen, Banken, Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gleich ihre eigenen Büros eingerichtet. Bezahlt wurden sie weiter von ihren eigentlichen Arbeitgebern. In den Ministerien stricken sie an den Gesetzen mit, die eigentlich ihre Firmen regulieren sollen. Sie werden in die Verwaltungsabläufe eingebunden und bekommen Einblick in interne Prozesse. So erhalten sie einen bevorzugten Zugang zur Politik und können auf diesem Wege gewonnene Informationen zum Vorteil ihrer Unternehmen nutzbar machen. Eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof ergab, dass die Lobbyisten an Gesetzen mitwirkten und sogar in Führungspositionen arbeiteten.

Im EU-Regierungsquartier von Brüssel sind mehr als 15.000 Lobbyisten großer Unternehmen angesiedelt. (Vgl.: LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e. V. www.lobbycontrol.de/)

Die durch die Krise eröffnete Chance, dass die Politik ihr gesellschaftlich-gestalterisches Primat über die Wirtschaft wieder erlangen und festigen könnte, muss momentan recht skeptisch beurteilt werden. Zu sehr ist die Politik mit den Kapitalinteressen verflochten und zugleich in taktisch-parteiliche Denkmuster verstrickt. Das Interesse an Machterhalt für Institutionen und einzelne Repräsentanten um beinahe jeden Preis prägen das politische Handeln. Die Politik ist nicht auf Zukunft ausgerichtet, sondern orientiert sich vorrangig an kurzfristigen und an Wahlperioden gebundenen Zielen. Wer sich in kurzen Abständen vor dem Wahlvolk, den Massenmedien und der kritischen Öffentlichkeit immer wieder verantworten muss, dem ist offensichtlich «das Hemd näher als der Rock». Das hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun, ist aber politische Praxis.

Während Experten auf breiter Basis die Herausforderungen der Zukunft diskutieren und Lösungsmodelle anbieten, scheint der Politik der Wille zu einer offenen, interdisziplinären Diskussion abhanden gekommen zu sein. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz entlarvte die im Vergleich zu Europa lange erreichten höheren Wachstumsraten der USA als ein Ergebnis der Überschuldung der Amerikaner. Die Ökonomen sollten, so empfahl der Nobelpreisträger, Anstrengungen unternehmen, um «Maßeinheiten

für soziale Verbindungen, politische Mitbestimmung und Sicherheit zu entwickeln». Der Generalsekretär der OECD Angel Gurría erklärte darüber hinaus, die Organisation wolle eine führende Rolle dabei übernehmen, einen neuen Wohlstandsindikator abseits von reinen Wachstumsindikatoren zu entwickeln. (Vgl.: *Die Stille nach dem Crash. In: Die Zeit vom 30.12.2009*)

Auf die mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ins Schleudern geratene kapitalistische Finanz- und Wirtschaftswelt reagierte die herrschende Politik mit sogenannten Rettungsschirmen und -paketen. Von Anzeichen einer Stabilisierung und erneuten Aufwärtsentwicklung war bald die Rede. Verschwiegen wurde in diesem Zusammenhang jedoch die Tatsache, dass die öffentlichen Gelder, mit denen die «Rettungspakete» finanziert wurden, zu einer riesigen Verschuldung der öffentlichen Hand führten. Dieses gewaltige Problem soll nun gelöst werden, indem jetzt Programme, von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Menschen mit geringen Einkommen bisher profitieren konnten, massiv zurückgeschnitten und gekürzt werden. Dies bedeutet einen Transfer in Höhe von Milliarden, vielleicht sogar Billionen von Euro an öffentlichem Vermögen weg von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hin zu den großen Banken und Unternehmen.

Von der Stärke der Linken im Bündnis mit Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden, gesellschaftlichen Organisationen wird es wesentlich abhängen, ob dieser Entwicklung die Stirn geboten werden kann und ein Wechsel in der Politik und gesellschaftlichen Entwicklung eingeleitet wird.

Diskussionsrichtungen und Herangehensweisen im linken Umfeld

In der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in ihrem unmittelbaren Umfeld werden vier unterschiedliche theoretische Diskussionsrichtungen und Herangehensweisen an Nachhaltigkeit diskutiert: 1. sozial-ökologischer Umbau, 2. die Kritik des ökologischen Kapitalismus, 3. gesellschaftliche Naturverhältnisse und 4. Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung.

1. Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft

Der Begriff «Sozial-ökologischer Umbau» wurde seit Beginn der 90er Jahre in programmatischen Dokumenten der PDS verwendet. Er ist auch in das theoretische Konzept der Transformation von der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische eingegangen. Der Begriff wurde und wird in programmatischen Materialien der Partei Die Linke verwendet. Deshalb ist er in diesem Bildungsmaterial der dominierende Begriff, um die anstehenden gesellschaftlichen Umbrüche zu beschreiben. Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft charakterisiert einen reflexiven, iterativen Suchprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so verändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Zugleich verändern die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln, so dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesund und gesund bleiben. Damit gehen Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Menschen untereinander – auch und insbesondere in Geschlechterver-

hältnissen. Dabei erfahren die handelnden Menschen, ihr Denken, ihr Politikverständnis und ihre Politikkonzepte tief greifende Wandlungen. Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse der Biosphäre und der Gesundheit der Menschen so umgebaut, dass die Einzelnen schrittweise selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können. Grundbedingung für den erfolgreichen Einstieg und Fortschritt des sozialökologischen Umbaus ist die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, wobei sich die Anforderungen an kritische Wissenschaft verändern.

Sozial-ökologischer Umbau ist ein gesellschaftsstrategisches Konzept, das Ausgangspunkt für theoretische Überlegungen wie auch politisches Handeln gleichermaßen ist. Das Konzept ist ganzheitlich und bedeutet die Hinwendung zu einer Lebensweise, die wir bisher nicht kennen. Es ist eine kulturelle Herausforderung und versteht sich als offen.

2. Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Die so genannten modernen (Industrie)Gesellschaften haben sich immer tiefer in eine Dialektik der Naturbeherrschung verstrickt: Im Bestreben, sich durch die vollständige Kontrolle von der Natur unabhängig zu machen, haben sie sich um so tiefer in neue Abhängigkeit begeben, wobei sich diese Abhängigkeit mehr und mehr als Grenze ihres Entwicklungsmodells erweist. Schon Hegel, von dem der Begriff der Naturverhältnisse stammt, und expliziter Marx haben den Grundgedanken eines durch Arbeit, durch tätige Aneignung vermittelten gesellschaftlichen «Stoffwechsels» mit der Natur als Grundbedingung menschlichen Lebens offen gelegt.

In den 1920er Jahren hatte Walter Benjamin das in den Parteien der Arbeiterklasse vorherrschende Emanzipationsverständnis kritisiert, nach dem menschliche Emanzipation letztlich auf der Ausbeutung der Natur, auf der Steigerung der Naturbeherrschung beruht. Nach Benjamin kommt es aber gerade nicht darauf an, die Natur, sondern die Verhältnisse zur Natur zu beherrschen. Doch dazu muss die Hoffnung auf einen gesellschaftlichen Fortschritt als Perfektionierung der Naturbeherrschung aufgegeben werden – eine bis heute unerledigte Forderung.

Es waren Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, die in der Dialektik der Aufklärung die Kritik der Naturbeherrschung zu dem zentralen Fokus kritischer Theorie erklärten und damit den Fortschrittsutopien der Moderne eine deutliche Absage erteilten, ohne in prämoderne Utopien einer Einheit mit der Natur zurück zu wollen. Dabei entwarfen sie eine erstaunlich aktuelle Krisendiagnose: «Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in den Naturzwang hinein. So ist die Bahn der europäischen Zivilisation verlaufen.»

Wir haben es heute nicht mit isolierten Umweltproblemen, sondern mit einer tief greifenden Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu tun, die gleichzeitig die Krise eines gesellschaftlichen Entwicklungsmodells ist. Erforderlich sind Strategien einer Gestaltung der Naturverhältnisse, die der Nichtbeherrschbarkeit Rechnung tragen.

(Vgl.: Christoph Görg: *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster 2003*)

3. Kritik des grünen New Deal oder des grünen Kapitalismus

Bereits vor mehr als 15 Jahren gab es in der BRD zum ersten Mal den Versuch, zu einer nachhaltigen ökonomischen Expansion zu kommen, ohne die kapitalistische Akkumulation als solche aufzuheben. Anfang der 90er Jahre hofften sowohl die Grünen als auch der sozialökologische Flügel der SPD, mit dem grünen New Deal eine reformpolitische Lösungsstrategie für die ökologische Krise zu entwickeln. Es sollte ein neues Bündnis zwischen verteilungspolitisch orientierter Arbeiterbewegung und eher lebensweltlichen Interessen von Mittelschichten hergestellt werden. Kern der damaligen Entwürfe waren ökologische Investitionsprogramme und Effizienzsteigerungen verbunden mit wachstumskritisch motivierten Vorschlägen für eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Die gegenwärtigen Vorschläge des grünen New Deal verzichten – wie bereits angezeigt – weitgehend auf die Verbindung zur sozialen Frage und konzentrieren sich auf Strategien der Kapitalisierung ökologischer Ressourcen zur Erschließung neuer Akkumulationsfelder sowie auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz, um die Umweltzerstörung der Produktion zu verringern.

Beim «Green New Deal» sollte es um mehr gehen, als um kurzfristige Krisenbekämpfung. Er hat die Potenziale, den Übergang zu einer «ökologischen» Produktionsweise zu bahnen. Neue Akkumulationsfelder werden erschlossen, indem natürlichen Ressourcen im Bereich der Biodiversität oder der Gentechnik zur Ware werden. Neue Investitions- und Absatzmärkte entstehen im Emissionshandel, bei der Nutzung von Bio-Lebensmittel, beim ökologischen Bauen und zur Herstellung umweltfreundliche Autos.

Der «grüne Kapitalismus» bricht aber nicht mit neoliberalen Regulationsmechanismen. Die Marktgläubigkeit, die diese Nachhaltigkeitspolitik nach Rio 1992 prägte, ist allerdings geschwunden. Intendiert ist mit dem grünen New Deal langfristig die Schaffung einer neuen technologischen Basis für eine ökologische Produktion, die Herausbildung einer neuen Konsumtionsweise, ein neues Akkumulationsregime, verbunden mit einer dementsprechenden globalen Regulation, die getrieben von einem kollektiven «kosmopolitischen Problembewusstsein» (Ulrich Beck), durch staatliche Steuerung, massive öffentliche Investitionen, aber auch Sicherheitspolitiken gekennzeichnet sein soll. In Folge dessen würde es auch eine Umwälzung in der Praxis und Kultur des Konsumismus geben. Ein solch umwälzendes Herangehen, ohne die kapitalistische Produktionsweise anzutasten, reproduziert auch deren Widersprüche. Der grüne New Deal oder der grüne Kapitalismus ist nicht die Lösung der ökologischen Krise, sondern ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Herrschaft. Es kommt vielmehr darauf an, über diese engen Grenzen hinaus Formen ebenso nachhaltiger wie verallgemeinerungsfähiger Lebensweisen zu entwickeln.

Vergleiche auch S. 4 und folgende. «Green New Deal» – die Lösung?

4. Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung

Die Bezeichnung und Ausrichtung dieses Themenfeldes erfolgte mit dem Ziel, die öffentliche politische Bildungsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeitgemäß zu profilieren und darauf, Arbeitszusammenhänge zur Unterstützung der Bildungsarbeit zu begründen. Gleichzeitig bestand immer auch

der Anspruch, politikbegleitend und -beratend zu wirken sowie Kommunikationszusammenhänge zu befördern. Dieser Ansatz wurde in der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die politische Bildungsarbeit sowohl bezogen auf theoretische Grundlagen als auch auf praktische Entwicklungsprozesse entwickelt. Es geht um linke politische Alternativen und um Einstiegsprojekte in eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik. Ausgehend von der allgemein anerkannten Definition von Nachhaltigkeit im Brundtland-Bericht und späteren Weiterentwicklungen war die kritische Beschäftigung mit den Bestandteilen des so genannten Säulenmodells, der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen Komponente von Nachhaltigkeit Gegenstand der politischen Bildungsarbeit. Hinzu kam die institutionelle Seite von Nachhaltigkeit. Es wurde immer deutlicher, dass für ein umfassendes Verständnis nachhaltiger Entwicklung die Kultur in der Gesellschaft letztendlich ausschlaggebend ist und deshalb einbezogen werden muss. Eine besondere Rolle spielte auch die Entwicklung einer politischen Kultur für eine Politik der Nachhaltigkeit, wie sie explizit von Wolfgang Methling in seiner Verantwortung als Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und erfolgreich praktiziert wurde.

Der Gebrauch des Begriffes Nachhaltigkeit hat sich in den vergangenen 10 Jahren sehr verändert. Während in den Anfangsjahren der Begriff «Nachhaltigkeit» mit Bezug auf den 1. Bericht des Club of Rom und den Brundtland-Bericht erklärt werden musste, wurde und wird er inzwischen immer wieder hinterfragt, was jedoch bisher zu keiner überzeugenden Alternative führte. Entscheidend ist der aufgeklärte Umgang mit dem Begriff und das Wissen um seine unterschiedliche Verankerung in der Gesellschaft. In den 90er Jahren ging es um die Aneignung des Begriffes, um die Agenda 21-Prozesse, um globales Lernen und um Umweltbildung, die an gesellschaftlichen Konflikten anknüpfte. In der zweiten Phase nach 2000 erlebte der Begriff «Nachhaltigkeit» eine inflationäre Entwicklung. Er wurde in allen Bereichen der Gesellschaft angewendet, gleich, ob diese Anwendung mit dem ursprünglichen Anliegen der «Erfinder» im Einklang war oder nicht. Kein politisches Programm, kein öffentliches Förderprogramm und keine Unternehmensstrategie ohne Nachhaltigkeitsrhetorik. Die gesellschaftlichen Konflikte, die ursprünglich mit dem Begriff verbunden waren, wurden immer mehr zur Unkenntlichkeit verwischt. Die Frage ist nun, gehen wir pragmatisch mit dem Begriff um und setzen ihn entsprechend unseren politischen Zielen ein oder verständigen wir uns auf andere Begriffe. Die Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie trägt den Titel «Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt» und geht äußerst behutsam mit dem Begriff Nachhaltigkeit um. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklungen und Prozesse mit ihren Auswirkungen auf das menschliche Leben in Gegenwart und Zukunft. Dieses Herangehen ist offenbar ein pragmatisches und durchaus produktiv.

Die Politische Bildungsarbeit zu Nachhaltigkeit und Regionaler Entwicklung hat die Schwerpunktsetzung zu Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit geprägt, hat die Diskussion mit Politikerinnen und Politikern über eine linke grüne Politik stark befördert und gibt immer wieder Impulse für die Beschäftigung unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit diesem Themenkomplex.

Nachhaltige Entwicklung erfordert im Verständnis linker Akteure einen grundlegenden sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Dieser schließt neben dem Übergang zu einer anderen Art und Weise des Wirtschaftens die Herausbildung einer neuen, mit der Umwelt verträglichen Lebensweise und das Entstehen eines neuen Wohlstandstyps ein.

Dabei bekommen soziale Sicherheit, solidarische zwischenmenschlichen Beziehungen, Gesundheit und Muße, Bildung und Kultur ein wachsendes Gewicht. Gesellschaftlich nützliche Tätigkeit wird neu bewertet werden. Sie misst sich nicht mehr am Bruttosozialprodukt, sondern am Beitrag für eine nachhaltige, menschliche und solidarische Entwicklung. Ein solcher notwendiger sozial-ökologischer Umbau umfasst unter anderem Projekte

- des Übergangs von profitorientiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung,
- einer solidarischen Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung sowie
- grundlegender Veränderung der Verteilungsverhältnisse.

Zu den wesentlichen Inhalten eines sozial-ökologischen Umbaus gehören unter anderem:

Linke Projekte eines sozial-ökologischen Umbaus zielen auf die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien und eine radikale Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz. Der Ausbau im Bereich der Umwelttechnologien soll durch eine schnelle Konversion der ressourcen- und energieextensiven Bereiche begleitet werden. Über Arbeitszeitverkürzung, berufliche Weiterbildung sowie über die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder soll sinnvolle, existenzsichernde und ökologisch verantwortbare Erwerbsarbeit ermöglicht werden. Zur langfristigen Förderung des sozial-ökologischen Strukturwandels bedarf es einer daran orientierten Wissenschaftsentwicklung, einer ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge in Bildung und Gesundheit sowie einer ökologisch ausgerichteten Verkehrsinfrastruktur.

Ein sozial-ökologischer Umbau des 21. Jahrhunderts wird nur global und solidarisch gelingen. Allein die Abwendung einer Klimakatastrophe erfordert nach Expertenschätzungen jährlich rund 100 Milliarden Unterstützungslieferungen des Nordens für den Süden – zusätzlich zu der längst überfälligen Bereitstellung von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder für die Entwicklungshilfe. Umwelttechnologien sollen Entwicklungsländern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen sowie regionale Märkte und die kleinbäuerliche Produktion stärken, die Verarbeitung der Rohstoffe in den Entwicklungsländern fördern, für faire Preise auf den Weltmärkten sorgen, Geschlechtergerechtigkeit als entwicklungspolitischen Schwerpunkt begünstigen und die Bildung von Mädchen und Frauen fördern. Durch die Regulierung der Finanzmärkte und den Aufbau regionaler Reserven soll die Spekulation mit Nahrungsgütern unterbunden werden. Importe von Agrarrohstoffen zur Biospritproduktion müssen ausgeschlossen werden. Exporte in die Entwicklungsländer sollen nicht subventioniert werden. Die Sicherstellung der Ernährungssouveränität dieser Länder ist zu unterstützen. Energiepartnerschaften der EU mit Ländern im globalen Süden sollten im Interesse eines gemeinsamen Einstiegs in die Energiewende gestaltet werden. Vorhaben, die die Über-

windung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung erschweren, müssen unbedingt gestoppt werden.

Die Bewältigung der Herausforderungen unseres Jahrhunderts erfordert eine radikale Umgestaltung der Finanz- und Verhältnisse. Die Vermögensbesitzer waren die großen Gewinner der neoliberalen Umverteilung. Eine grundlegende Umverteilung von oben nach unten, eine wesentlich stärkere Beteiligung privater Vermögensbesitzer an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben ist notwendig. In Deutschland gehören dazu eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuern auf große Privatvermögen, die Rücknahme der Senkung der Körperschaftsteuer, die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, die Schließung von Steuerschlupflöchern, die Austrocknung von Steueroasen sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings. Für Luxusgüter und besonders umweltschädliche Produkte soll ein deutlich erhöhter Umsatzsteuersatz gezahlt werden. Für die unteren und mittleren Gruppen soll der Steuerfreibetrag erhöht werden. Niedrigverdienende sollen keine Steuern zahlen.

Abschied von der Wegwerfgesellschaft, drastische Kürzung der Militärausgaben, Abkehr bzw. Besteuerung von Spekulation, Reduzierung der völlig übersteigerten Werbeaufwendungen, bessere Gesundheitsvorsorge, Beseitigung sozialer Ursachen von Krankheiten und Zurückdrängung von Wirtschaftskriminalität sind weitgehend unerschlossene Reserven, um den sozial-ökologischen Strukturwandel, soziale Gerechtigkeit und globale Solidarität zu finanzieren.

Brennpunkt: Klima- und Energiepolitik

Das zentrale Thema von Nachhaltigkeit ist in der Gegenwart zweifellos die Klima- und Energieproblematik. So – wie es ist, kann es nicht weitergehen. Tiefgreifende Veränderungen in Produktion und Lebensweise lassen sich nicht mehr aufschieben. Es geht um den Erhalt der Wälder und anderer Vegetation. Die Bodenversiegelung darf nicht unbegrenzt weiter vorangetrieben werden. Es geht um den Ausstieg aus der Energieerzeugung auf der Basis fossiler Rohstoffe, weil dabei der CO₂-Ausstoß am größten ist. Umweltgerechte Mobilität zu sichern, verlangt die Reduzierung des LKW- und PKW-Verkehrs. Und es geht um mehr: Politisch an diese Probleme heranzugehen, bedeutet einen Bogen von der klimabedeutsamen Erzeugung von und Versorgung mit Elektroenergie und Wärme zu schlagen zu den sozialen Problemen unserer Gesellschaft, zur Gerechtigkeit, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zu einer veränderten Arbeits- und Lebensweise.

Klimawandel

Aktuelle Klimastudien zeigen es unmissverständlich: Der ungebremste Ausstoß von Treibhausgasen wirkt sich weltweit schneller aus als befürchtet. Erderwärmung, Stürme, Dürren und Überschwemmungen sind die Folgen. Die Ökosysteme mit ihrer Artenvielfalt sind bedroht, Naturräume verändern sich. Der ehemalige Weltbank-Chefökonom Sir Nicholas Stern warnt in seinem Report für die britische Regierung vor wirtschaftlichen Schäden in Höhe von fünf bis zwanzig Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Die Kosten einer sofort einsetzenden Klimaschutzpolitik schätzt er dagegen nur auf etwa ein Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Bereits heute sind die wirtschaftlichen Schäden durch Naturkatastrophen ein großes Problem.

Das Thema Klimawandel hat endgültig Eingang in den Mainstream gefunden. Heute werben in ungewohnter Eintracht Umweltverbände und BILD-Zeitung für mehr Klimaschutz. Spätestens seit Al Gores Film »Unbequeme Wahrheit« ist Klimawandel in aller Munde. Sind sich die Menschen aber der großen Gefahren, die mit der globalen Erderwärmung verbunden sind, wirklich bewusst? Gilt: Gefahr erkannt, Gefahr gebannt?

Der Klimawandel ist kein Problem der Zukunft, sondern der Gegenwart. In vielen Ländern Afrikas geht den Menschen das Wasser aus. In Pakistan hingegen weiß man nicht wohin, wenn ein ungewöhnlicher Monsun die Sintflut bringt. Schon heute sind Millionen Menschen auf der Flucht vor den Folgen der globalen Erwärmung. Aber zu einer umfassenden finanziellen Hilfe für Länder der Dritten Welt kommt es nicht. Asyl für Klimaflüchtlinge – eine Fehlannonce. Dass es sich beim Klimawandel um eine grundlegende Herausforderung unserer Zeit und ein Grundproblem globaler Gerechtigkeit handelt, wird von der Politik weltweit erkannt, aber es fehlt an Schlussfolgerungen und konsequentem Handeln.

Auch der Kopenhagener Klimagipfel vom Dezember 2009 hat in dieser Frage keinen Wandel in der Klimapolitik gebracht. Zwei Wochen lang verhandelten 193 Staaten in der dänischen Hauptstadt über ein neues Klimaschutz-Abkommen. Das Ergebnis ist enttäuschend. Kein Teilnehmer der Konferenz bezweifelte offen, dass das Schicksal der Erde auch von den Ergebnissen dieser Konferenz abhängt. Aber es blieb wieder einmal bei Lippenbekenntnissen. Das konnte man insbesondere am Gezerre der Industrieländer um die Hilfen für Entwicklungsländer erkennen. Keine konkreten Zahlen zur Minderung des CO₂-Ausstoßes, keine genaueren Verteilungsmodalitäten über die Vergabe der Finanzhilfe an die Entwicklungsländer, keine rechtliche Verbindlichkeit. Nur die längst bekannte Warnung der Wissenschaft, dass die Erderwärmung auf nicht mehr als 2°C über die Temperatur der vorindustriellen Zeit steigen darf, wurde anerkannt. Die Delegierten segneten das Papier nicht einmal ab, sie nahmen es lediglich »zur Kenntnis«. Das ist weniger als Nichts.

Der Kopenhagener Klimagipfel wurde von massiven Protesten von Umweltorganisationen und Klimaaktivisten begleitet. Über 50.000 Menschen aus über 100 Ländern nahmen am alternativen Gipfel »Klimaforum09« teil und unterbreiteten in ihrer Abschlussdeklaration »System change – not climate change. A People's Declaration from Klimaforum09« konkrete alternative Lösungsvorschläge.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Wissenschaft und Politik zum Klimawandel betätigt sich seit Jahren auch eine Vielzahl von sogenannten Klimaskeptikern. Die Kopenhagener Konferenz – insbesondere das bekannt werden von ungenauen Messergebnissen – bot ihnen erneut Gelegenheit, sich zu Wort zu melden und zu behaupten, dass die Geschichte rund um die Klimaerwärmung eine Lüge und zu einem großen Geschäft geworden sei. Die »Klimaskeptiker« bilden keinen geschlossenen Block, sondern reichen von »Leugnern des menschengemachten Klimawandels« bis zu jenen, die die globale Erwärmung zwar anerkennen, aber den Voraussagen grundsätzlich misstrauen. (Vgl.: »Was weiß die Politik schon über das Klima?« In: Zeit online vom 22. 12. 2009.) So wird behauptet, dass von einer drastischen Klimaerwärmung nicht die Rede sein kann, ebenso gäbe es keine globale Eisschmelze und Meeresspiegelerhöhung. Die von Wissen-

schaftlern vorgelegten Fakten zum Klimawandel seien manipuliert, Erdöl sei keine endliche Ressource und Atomenergie sei nach wie vor die sauberste Energiequelle. Das Gerede von Erderwärmung und Kohlendioxid-Gefahren sei reine Angst-mache. Der CO₂-Ausstoß schade weder der Natur noch dem Menschen. Pflanzen brauchten CO₂, ansonsten wäre Photosynthese nicht möglich und damit auch keine für den Menschen lebensnotwendige Sauerstoffproduktion.

Ständig wird auch die Behauptung verbreitet, dass die oberste Weltklimabehörde, das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) eine Klima-Katastrophe konstruieren und wie eine Doktrin verkünden würde. In Wirklichkeit wird in den Berichten des IPCC der wissenschaftliche Sachstand zu den Ursachen der Erderwärmung dokumentiert. Alle IPCC-Autoren sind durch Fachpublikationen ausgewiesene Wissenschaftler. Ihre Berichte durchlaufen einen dreifachen Begutachtungsprozess, und der in ihnen enthaltene Sachstand wird von fast allen relevanten wissenschaftlichen Fachorganisationen mitgetragen und nur von sehr wenigen Fachwissenschaftlern bestritten bzw. abgelehnt.

Dessen ungeachtet werden die Skeptiker nicht müde zu behaupten, dass die Angst vor Klimawandel und Ölknappheit von der Industrie nur vorgetäuscht werde, um die Preise hoch zu halten. (Vgl.: Hartmut Bachmann: *Die Lüge der Klimakatastrophe. Der Auftrag des Weltklimarates*. Frieling-Verlag, Berlin 2008; Helmut Böttiger: *Klimawandel: Gewissheit oder politische Mache? Imhof-Verlag, Petersberg 2008*; Hans-Joachim Lüdecke: *CO₂ und Klimaschutz: Fakten, Irrtümer, Politik*. Bouvier-Verlag, Bonn 2008; Kurt G. Büchel: *Der Klimaschwindel*. Bertelsmann Verlag, München 2007.) Auffallend bei vielen «Klimaskeptikern» ist die große Nähe zu Verschwörungstheorien und rechtskonservativen und nationalistischen Denkweisen. (Vgl. dazu: Torsten Mann: *Rote Lügen in grünem Gewand. Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung*. Kopp-Verlag, Rottenburg, 2009. Vgl. auch die Charakterisierung des Blogs «Alles-Schall-und-Rauch». in www.freitag.de/community/blogs/bememabel/alles-schall-und-rauch. vom 19.9.2009.)

Die «Klimaskeptiker» verschweigen die Tatsache, dass die Urheber des Klimalüge-Gedankens aus der Erdöl-, Kohle- und Zigarettenindustrie stammen. Sie erhalten Unterstützung von bezahlten Desinformanten und Lobbyisten der Erdölindustrie. Mit ExxonMobil beteiligt sich einer der größten Ölkonzerne der Welt an der Verbreitung von Skeptikerpositionen. ExxonMobil hat zu diesem Zweck mit ca. 16 Mio. US-Dollar zwischen 1998 und 2005 ein Netzwerk von 43 scheinbar unabhängigen Organisationen unterstützt, welche in der Öffentlichkeit den Konzerninteressen dienende Verwirrung über den Stand der Klimaforschung stifteten. (Vgl.: *Union of Concerned Scientists (UCS). Scientists' Report Documents ExxonMobil's Tobacco-like Disinformation Campaign on Global Warming Science*, 3. Januar 2007) Geistesverwandtschaft von Vertretern des Klimalüge-Konzepts und der Ölindustrie zeigte anschaulich der Auftritt des Vorstandchef Rex Tillerson auf der Exxon-Hauptversammlung im Mai 2009. Er legte ausführlich dar, dass man sich vom Klimawandel nicht beirren lassen dürfe. «Wir sollten den Zeitrahmen realistisch halten und uns nicht selbst zum Narren machen.» Die Welt sei noch Jahrzehnte von einem Abschied von fossilen Brennstoffen entfernt. (Rex Tillerson. *Der letzte Dinosaurier*. In: *Financial Times Deutschland* vom 15. 12.2009)

Globalisierung und Klimaschutz gehen gegenwärtig nicht zusammen. Heute ist es modern, in einem Atemzug «das Streben nach Wachstum und wirtschaftlichem Aufschwung» zu verkünden und dabei gleichzeitig zu versprechen, die Treibhausgasemissionen deutlich und zügig verringern zu wollen. Wenn heute der globale Schiffsverkehr mehr CO₂ ausstößt als ganz Afrika, wenn der Flugverkehr immense Wachstumsraten aufweist, sieht da offenbar niemand einen Widerspruch. Dabei untergräbt die gesamte neoliberale Architektur der Globalisierung die Ziele des Klimaschutzes. Seit dem Erdgipfel von Rio 1992 wird viel erwogen, diskutiert, geplant und ratifiziert. Nur getan wird kaum etwas. «Wir erwägen ernsthaft, den globalen Ausstoß von CO₂ bis 2050 zu halbieren», hieß es in dem Abschlussdokument des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007. Das hört sich so an, als habe es in der Vergangenheit nur am politischen Willen gefehlt. Die Ursachen liegen jedoch tiefer. Es sind die Jagd nach Maximalprofit und die Machtverhältnisse im globalisierten Kapitalismus, die energischen Maßnahmen zu weltweitem Klimaschutz im Wege stehen. Klimaschutz wird nach wie vor dem Primat von Wirtschaftlichkeit und Wirtschaftswachstum untergeordnet. Die globale Erwärmung ist jedoch nicht einfach irgendein Umweltproblem.

Klimawandel und Klimapolitik haben massive soziale Auswirkungen. Klimaschutz geht an die Wurzeln des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Und wer über den Klimawandel sprechen will, der darf zum Kapitalismus nicht schweigen.

Im Weltklimabericht des «Intergovernmental Panel on Climate Change» IPCC von 2007 wird eindringlich vor den Folgen des ansteigenden Ausstoßes von Treibhausgasen gewarnt. (Vgl: *Klimaänderung 2007. Vierter Sachstandsbericht. IPCC Hrsg.: Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen*. 2007) Das war auch schon 1990 so. Die wissenschaftlichen Fakten rüttelten Öffentlichkeit und Politik auf. Staatschefs befassten sich mit dem Klimawandel und beschlossen Gegenmaßnahmen. Nur was hat sich verändert?

Heute liegen die Kohlendioxid-Emissionen der Industriestaaten um mindestens 16 Prozent über denen von 1990 (DIW 2006). Fast wöchentlich gibt es eine neue Meldung, dass der Klimawandel noch heftiger und früher zuschlägt als erwartet. Laut einer Studie soll der Nordpol bereits in 20 bis 30 Jahren im Sommer vollkommen eisfrei sein. (Vgl. *Arktis in zehn Jahren fast eisfrei? In: Tagesspiegel* vom 16. 10. 2009) Dass wir Menschen das Klima verändern, ist inzwischen eine unumstößliche Tatsache. Erschreckend demgegenüber ist die klägliche Bilanz von 15 Jahren Klimapolitik. Notwendig ist es, die herrschenden klimapolitischen Anschauungen radikal zu überdenken. Inzwischen existieren viele hoffnungsvolle Ansätze. Viele der bisherigen Antworten sind nicht falsch, etwa wenn es heißt, dass bis 2050 der globale CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 mindestens halbiert werden muss. Die Industrieländer sind angehalten, ihre Emissionen um 90 Prozent zu reduzieren. Eine Kombination aus erneuerbaren Energien und Energiesparen sei der einzig realistische Weg dafür. Aus diesem Grund werde ein starkes internationales Rahmenabkommen gebraucht. Das ist soweit alles richtig. 16 Prozent mehr Treibhausgase in 15 Jahren zeigen aber eindrucksvoll, dass die herkömmlichen Antworten bei weitem nicht ausreichen.

Aus Sicht linker Politik ist der Klimawandel nicht allein ein technisches oder rein ökologisches, sondern vor allem ein gesellschaftliches Problem.

Daraus ergeben sich drei Kernpunkte, ohne die wirklicher Klimaschutz nicht auskommt:

Der Klimawandel ist *erstens* eine Frage der Gerechtigkeit. Die Veränderung des Klimas betrifft die gesamte Welt. Aber bedroht, vertrieben und sogar getötet werden gerade die Menschen, die am wenigsten dieses Problem verursacht haben. Das bedeutet: Der Norden muss für die Klimaschäden im Süden aufkommen und die notwendige Anpassung in Städtebau, Küstenschutz, Landwirtschaft usw. finanzieren.

Zweitens: Mit den Mitteln des Marktes allein lässt sich das Problem des Klimawandels nicht bewältigen. Klimaschutz ist zu einem profitablen Geschäft geworden. Und es spricht auch nichts dagegen, mit Klimaschutz Geld zu verdienen. Doch oft genug geschieht dies auf Kosten der Staaten des Südens und der Umwelt. Wird der Klimawandel auf ein Kosten-Nutzen-Kalkül reduziert, geraten Prinzipien wie ökologische Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus dem Blick.

Drittens: Die globale Erwärmung kann nur dann auf ein einigermaßen erträgliches Maß reduziert werden, wenn es gelingt, eine andere Art und Weise von Globalisierung zu realisieren. Der Globalisierung des Finanzmarktkapitalismus muss mit einer demokratischen Globalisierung von unten begegnet werden. Eine solche «globale Demokratie» ist untrennbar verbunden mit der Forderung nach globalen sozialen Rechten, demokratischer Regulierung von Eigentum, der gerechteren Verteilung von Reichtum, der Demokratisierung der Gesellschaft und einer solidarischen Wirtschaft. Klimaschutz muss mit Armutsbekämpfung Hand in Hand gehen. Eine andere Welt braucht starke internationale Institutionen, die diese Ansprüche durchsetzen. Sie braucht eine nationalstaatliche Politik, die soziale und ökologische Rechte über Wachstum und Gewinn stellt. Und sie braucht eine solidarische Gesellschaft, die Druck auf Politik und Wirtschaft macht und Ansätze für eine andere Wirtschaftsordnung erprobt und ausweitet. Der Kampf zur Rettung des Klimas bedarf sozial-ökologischer Reformalternativen.

Die Zeit drängt. Für tiefgreifende Veränderungen bleibt kaum Zeit. Das drohende Klimachaos duldet keinen Aufschub. Notwendig ist ein grundlegender Umbau der Weltgesellschaft. Gehandelt werden muss jetzt!

Glaubhafte Alternativen zum Bestehenden können nur aus der Gesellschaft heraus entstehen. Es hilft wenig, ökologische Modernisierung und globalisierten Kapitalismus grundsätzlich infrage zu stellen, denn tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel entsteht nicht am Reißbrett und ein umfassendes Bild einer neuen Weltordnung zu entwerfen verändert noch nicht die Wirklichkeit. Es geht vielmehr um konkrete Bausteine für eine andere Politik.

Das Kyoto-Protokoll braucht endlich ein starkes Nachfolgeabkommen, das auch Entwicklungsländer einschließt. Dieses muss verbindliche Reduktionsziele bis 2050 auf Basis eines Pro-Kopf-Ansatzes festlegen. Grundlage sollte dabei die historische Verantwortung der Industrieländer sein und den unterschiedlichen Reduktionskapazitäten einzelner Länder muss Rechnung getragen werden. Damit wäre sicherge-

stellt, dass nicht die mächtigen Blockierer als Gewinner aus den Verhandlungen hervorgehen. Notwendig sind:

- Die Industrieländer müssen schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umschwenken.
- Ein verbindlicher Technologietransfer und ein Fonds, der die Produktion erneuerbarer Energien im Süden unterstützt und Anpassungsmaßnahmen finanziert. Für diesen Fonds ist es erforderlich, die Entwicklungshilfe des Nordens großzügig aufzustocken. Die Mittel müssen zusätzlich zu den für die Armutsbekämpfung bestimmten 0,7 Prozent des BIP geleistet werden. Weitere Mittel werden durch die globale Besteuerung des Schiffs- und Flugverkehrs eingenommen, der wegen Zuordnungsproblemen aus den Länderemissionen rausgerechnet wird. Auch sollten sämtliche weiteren indirekten Subventionen (Mehrwertsteuerbefreiung beim Kauf von Flugzeugen, Grundsteuerbefreiung von Flughäfen, Sonderabschreibungen beim Kauf von Schiffen usw.) eingestellt werden. Die merkwürdige Doppelmoral der Verkehrspolitik käme damit an ihr Ende.
- Damit klimafreundliche Technologien allen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen, sollte ihr Patentschutz außerhalb der Industrieländer aufgeweicht werden.
- Demokratische Reformen in IWF und Weltbank müssen zu einer fairen Stimmengewichtung führen, lokale Gemeinschaften sollten ein Mitspracherecht bei Projekten bekommen. IWF und Weltbank dürfen keinen Cent mehr in fossile Projekte stecken, sondern das freiwerdende Geld in regenerative Energien investieren.
- Wirklicher Klimaschutz hängt eng mit Armutsbekämpfung zusammen. Diese ist am ehesten durch autarke Energieversorgungssysteme gewährleistet, um das wenige Geld der Entwicklungsländer nicht auch noch für Energieimporte auszugeben.

Der kapitalistischen eine andere Art und Weise von Globalisierung entgegensetzen bedeutet letztlich in die Verfügungsrechte von Kapital und Eigentum einzugreifen. Das Beispiel der vier großen Energiekonzerne in Deutschland zeigt, dass klimasensible Bereiche wie die Energieversorgung unter öffentliche Kontrolle gehören. Die Energiekonzerne müssen daher in die öffentliche Hand überführt werden. In Sacramento im US-Bundesstaat Kalifornien zum Beispiel wird der Direktor der örtlichen Stadtwerke gemeinsam mit den stattfindenden Kommunalwahlen gewählt – ein Grund sicherlich dafür, dass Sacramento inzwischen einen großen Anteil erneuerbarer Energien besitzt.

Energie

Die Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei geht es um weit mehr als die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen.

In den Mittelpunkt rücken zunehmend Fragen, wie sich das Energiesystem auf das Klima und die Umwelt auswirkt, welche Folgen die knapper werdenden fossilen Rohstoffe auf die Friedenspolitik und eine gerechte Weltordnung haben, wie verhindert werden kann, dass steigende Energiepreise Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zusätzlich belasten, wer auf der anderen Seite an monopolistischen Strukturen verdient – wer also die

Macht hat und wie er sie gebraucht, welche Arbeitsplätze zukunftsfähig sind und welche nicht.

Energiefragen sind längst nicht mehr allein im nationalen und europäischen Rahmen lösbar. Es ist nötig, die verschiedenen Facetten von Energiepolitik zusammen zu betrachten – angefangen von der Steigerung der Energieeffizienz und dem sparsamsten Umgang mit Energie, um den Verbrauch deutlich senken zu können, über den forcierten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien bis zum Finden neuer technologischer und technischer Lösungen sowie Gerechtigkeitsfragen beim sicheren Zugriff auf Energieressourcen.

Die Notwendigkeit einer Energiewende hin zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien wird als Herausforderung des 21. Jahrhunderts allgemein anerkannt. Zum Problem Klimaschutz hat die Bundesregierung ein Konzept «Ökologische Industriepolitik» vorgelegt, in dem vor allem auf die Entwicklung und den Einsatz von neuen Technologien orientiert wird. (Siehe auch: *Masterplan Umwelttechnologien der Bundesregierung. November 2008*)

Wer wirksamen Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung will, darf jedoch dabei nicht stehen bleiben. Deutlich zur Sprache kommen muss, dass mächtige Konzerne eine Bedrohung für eine nachhaltige Politik in der Energieversorgung darstellen. Ganz zu schweigen davon, dass eine Militarisierung der Energieressourcensicherung schon lange kein Tabu mehr ist. Und es muss der gesellschaftliche Diskurs über Grenzen und ein neues Verständnis von Wachstum intensiver geführt werden.

Die Kosten für Heizung und Warmwasser sind 2008 um rund ein Drittel gestiegen. Nebenkosten wirken vielerorts bereits wie eine zweite Miete. Energie sparen und ersetzen hilft Kosten senken und Klima schützen. Der Wärmebedarf ließe sich in neuen und alten Gebäuden weitgehend auf Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit Biogas, Erdwärme oder Holzheizungen umstellen. Mit verbindlichen Vorgaben für Energieverbrauch und den Einsatz erneuerbarer Energien könnten die Energiekosten dauerhaft eingedämmt werden. Ein linkes, politisches Leitbild für eine Energiesicherheit für alle sollte so angelegt sein, dass es die relevanten Politikbereiche zusammenführt und miteinander verzahnt. Insofern bedeutet sichere Energieversorgung:

- sie muss den Anforderungen des Klimaschutzes entsprechen.
- sie muss technisch beherrschbar sein und darf im Falle des Versagens nicht zu katastrophalen Folgen führen.
- sie kann nicht erreicht werden, wenn Energieressourcen mit ökonomischem und militärischem Druck oder gar durch Kriege für die westlichen Industrieländer beschafft und die Anliegen der Entwicklungsländer ignoriert werden.
- sie muss auch für einkommensarme Bevölkerungsteile zur Verfügung stehen und erreichbar sein.
- sie eröffnet neue Arbeitsfelder, die Bestand haben und in die Zukunft weisen.

Zusammengefasst heißt das: Energiefragen sind elementare Gerechtigkeitsfragen. Denn Energie ist ein unverzichtbares Mittel zum Leben, zu dem alle gleichen Zugang haben müssen, mit dem aber zugleich effizient und sparsam umzugehen ist.

Energiesicherheit gerecht und umweltverträglich zu gewährleisten, bedeutet:

- Sichere Erzeugung von Energie erfordert den generellen Vorrang für erneuerbare Energien bei Investitionen und Genehmigungen, damit der Abschied von Klimakillern und Atommüllproduktion schnellstmöglich erfolgen kann.
- Sichere Verfügbarkeit von Rohstoffen zur Energieerzeugung, was besagt: Weniger fossile Energierohstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran) importieren und verbrauchen durch Energieeinsparung, Effizienzerhöhung sowie Nutzung regenerierbarer Quellen bei Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten.
- Sicherer Transport und sichere Verteilung von Energie heißt: leistungsfähige Netze in öffentlicher Hand mit diskriminierungsfreiem Zugang für alle Energieproduzenten und -verteiler sowie interaktive Stromnetze, die kleine dezentrale Produktionseinheiten gegenüber Großeinheiten stärken.
- Sichere Versorgung von Privathaushalten und Unternehmen erfordert: geringe Störanfälligkeit von Produktion und Netzen, stärkere Dezentralität des Systems bei gleichzeitigem Ausbau der grenzüberschreitenden Netze für einen sinnvollen internationalen Stromaustausch.
- Gerechter Zugang zu Energie setzt voraus: der Zugang zu Strom, Wärme und umweltfreundlicher Mobilität muss sozialverträglich und bezahlbar bleiben.
- Sichere globale Energieversorgung setzt den gerechten Zugang zur Energie sowie die Verwirklichung des gleichen Rechts der Entwicklungsländer voraus. Von den Industriestaaten erfordert das auch die zielgerichtete Unterstützung des Ausbaus angepasster Technologien zur regenerativen Energieversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die größten Gegner einer solchen Politik der «Energiesicherheit für alle» sitzen *erstens* in den Zentralen der monopolartigen Energie- und Mineralölkonzerne, deren Ziel die Erlangung größtmöglicher Profits ist. Sie sitzen *zweitens* in nationalen Regierungen, die zentrale Zukunftsentscheidungen eben diesen Konzernzentralen überlassen, statt aktiv in eine nachhaltige Industriepolitik und europäische Energiepartnerschaft zu steuern. So spielt Klimaschutz in der deutschen Regierungspolitik durchaus eine große Rolle. Aber angesichts der Folgen des Klimawandels sind die Maßnahmen, die die Bundesregierung beschlossen hat – wie energetische Sanierungsprogramme für Altbauten, Ausbau der erneuerbaren Energien, Verabschiedung eines Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes, Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz u. a. – bei weitem nicht ausreichend. Einige stehen den eigenen Zielen sogar direkt entgegen, zum Beispiel der Bau von Kohlekraftwerken. *Drittens* sind einflussreiche internationale Institutionen (IWF, NATO) Widersacher einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Sie helfen vor allem dabei, dass die reichen entwickelten Industrieländer den vorrangigen Zugriff auf die weltweiten Ressourcen behalten. Sie verschärfen somit Krisen, statt globale Herausforderungen zu bewältigen.

Linke Politik fordert klar: Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung.

Aber davon sind wir in der gegenwärtigen Gesellschaft noch sehr weit entfernt.

In Deutschland wird das mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeleitete energiepolitische Umsteuern von den großen Energiekonzernen bekämpft. Sie tricksen beim Atomausstieg, setzen weiterhin vor allem auf Kohle und Gas und verstärken damit die Importabhängigkeiten. Weil sie Eigentümer der Übertragungsnetze sind, ist die Bundesrepublik trotz Bundesnetzagentur vom diskriminierungsfreien Zugang für jeden Stromproduzenten weit entfernt. Vorangetrieben werden immer noch technologische Großprojekte, die die Konzentration wirtschaftlicher Macht fördern und den Arbeitsplatzabbau forcieren. Gleichzeitig sind seit der Einführung des EEG sämtliche Prognosen über den Zuwachs von Windturbinen, Solaranlagen und der Nutzung von Biomasse übertroffen worden. Dieser positive Trend lässt sich politisch weiter beschleunigen. Er schützt nicht nur das Klima, er fördert auch kleinere dezentrale Produktionseinheiten und Produzenten, stärkt politische Regulierung statt politischen Einfluss (Lobbyismus) wirtschaftlicher Machtzentralen. Und: Während in der traditionellen Energieerzeugung und bei den großen Konzernen Arbeitsplätze verloren gehen, entstehen in der Branche der erneuerbaren Energien jährlich über 10.000 neue. Allerdings muss man darauf achten, dass es auch gut bezahlte Arbeitsplätze sind.

Der Abschied von den Klimakillern ist also mehr als Umweltschutz. Er bietet Chancen für neue Arbeitsplätze, für wirtschaftliche Entwicklung, für den Abbau politischer Macht in Konzernzentralen und damit auch für weniger Erpressbarkeit der Politik. Die Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien und kleinere, dezentrale Produktionseinheiten schafft auch neue technische Grundlagen für die Energieversorgung von Unternehmen und kann regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Große Kraftwerkseinheiten und auf sie zugeschnittene Netze und Regeltechnik fördern zentralistische Strukturen, schwächen aber die Position von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie von Kommunen. Kleinere Einheiten und flexible intelligente Infrastruktur verringern die Störanfälligkeit, schränken die mögliche Wirkung terroristischer Anschläge ein und fördern lokale politische Gestaltung.

Linke Politik sieht in den erneuerbaren Energien und ihrer vorrangig dezentralen Struktur sowohl sicherheitspolitische als auch demokratische Chancen.

Mit der wachsenden Zahl von lokalen Stromerzeugern – jeder Hausbesitzer kann theoretisch zum Wärme- und Stromproduzenten werden – und verringertem wirtschaftlichen Einfluss der Energieriesen wachsen die Möglichkeiten, die Energieversorgung wieder in den Bereich der demokratisch legitimierten kommunalen Daseinsvorsorge zurückzuholen.

Zusammengefasst sollten die Forderungen lauten:

- Einführung einer effektiven Energiepreisaufsicht
- Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand
- Abschöpfung der Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel
- Rekommunalisierung der Energieversorgung
- dezentrale Energieversorgung

In der Debatte um eine zukunftsfähige Energiepolitik wird viel von Nachhaltigkeit gesprochen, doch die soziale Frage wird dabei oft außer Acht gelassen. Sicherlich sind Wärme und

Strom nicht kostenfrei zu haben. Aber sie müssen bezahlbar bleiben, sonst wird es zunehmend ein Privileg für Besserdienende darüber verfügen zu können. Auch wenn man davon überzeugt ist, dass eine neue Energiepolitik ein radikales Umdenken beim Konsum und im persönlichen Verhalten erfordert, so dürfen Einkommensschwache nicht von bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. Zu bekämpfen sind also nicht nur die Monopolstrukturen der fossil-atomaren Energiewirtschaft. Auch einer elitären Umweltpolitik ist entgegenzutreten, wenn sie Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten als hinnehmbaren Preis für den Klimaschutz verbucht. Energie- und Klimapolitik darf nicht zu sozialen Ausgrenzungen führen.

Die Linken gehörten bislang zu den wenigen Kräften in der Politik, die konsequent dem Missbrauch umweltökonomischer Instrumente, wie Ökosteuer und Emissionshandel, entgegengetreten sind. Diese müssen stringent an umweltpolitischen Zielen ausgerichtet sein und dürfen nicht durch die Hintertür zu Sondergewinnen von Unternehmen zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher führen. So haben die milliardenschweren Extraprofite der Energieversorger im Rahmen des Emissionshandelsystems dieses nachhaltig diskreditiert.

Die wichtigsten Aufgaben einer linken nachhaltigen Politik sind heute:

- öffentliche beschäftigungsfördernde Zukunftsinvestitionsprogramme für Umwelt- und Klimaschutz und nachhaltige Technologien;
- demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und die Dezentralisierung privater wirtschaftlicher Macht;
- gerechte Steuerpolitik;
- ökologischer Umbau der Energieversorgung;
- nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen;
- soziale und ökologische Verkehrspolitik;
- umweltgerechte regionale Wirtschaftskreisläufe;
- Ausbau der ökologischen Land- und Waldbewirtschaftung.

Um die globale Erwärmung auf zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, muss der Ausstoß von Klimagasen bis 2050 halbiert werden. Das bedeutet für die Industrieländer 80 bis 90 Prozent weniger Emissionen – eine gewaltige politische und technologische Herausforderung, bei der Deutschland eine bedeutende Rolle zukommt.

Eine Sicherung des Energiebedarfs aus den noch länger reichenden Ressourcen der Kohle als Brennstoff kann nicht infrage kommen, da dabei der CO₂-Ausstoß am größten ist und die Erderwärmung beschleunigt wird. Atomenergienutzung ist unverantwortlich riskant im Betrieb und bei der Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Ohnehin sind auch die Kernbrennstoffe in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht. Die technische Realisierbarkeit der Kernfusion ist nicht absehbar. Konsequenterweise erneuerbare Energien einsetzen, Energie sparen und Energie effizienter nutzen – das sind die drei E für eine zukunftsweisende ökologische Antwort auf die Energieprobleme unserer Zeit.

Energiesparen

Energiesparen bedeutet, den Energieverbrauch zu minimieren. Energiesparen im Haushalt zum Beispiel durch:

- Ausschalten von Elektrogeräten. Keinen Stand-By-Betrieb.
- Bewusstes Heizen. Alte Heizungsanlagen (Pumpe) erneuern.

- *Energiesparprogramm bei Waschmaschinen nutzen.*
- *Kühlschrank regelmäßig abtauen.*
- *LCD-Monitore nutzen.*

Energie effizienter nutzen

Energie effizienter nutzen bedeutet, veraltete und ineffiziente Elektrogeräte und Lampen zu ersetzen durch:

- *Energieeffiziente Geräte und Energiesparlampen.*
 - *Intelligente Regelungen bei Heizanlagen.*
 - *Kraft-Wärme-Kopplung.*
 - *Erzeugung von Heizwärme und Warmwasser durch Sonnenenergie, Umweltwärme oder feste Brennstoffe wie Stückholz und Pellets.*
 - *Spritsparendes Autofahren.*
-

Erdöl, Erdgas und Uran werden knapp. Knappe Güter werden auf lange Sicht teuer, gleichzeitig streichen die Energiekonzerne Rekordgewinne ein. Es ist Zeit, auf die Energiequellen von morgen umzustellen. Sonne und Erdwärme, Wind und Wasser, Biomasse und Meeresenergien stehen unbegrenzt zur Verfügung oder bilden sich immer wieder neu. Es kann gelingen einen Energiekreislauf zu nutzen, der sparsam und effizient die Strom- und Wärmebedürfnisse der Menschen deckt. Energiesparen heißt nicht allein, auf lieb gewonnene Gewohnheiten zu verzichten, sondern bedeutet auch Geld zu sparen. Mit effizienten Geräten ist das bereits ohne Einbußen an Leistung möglich.

«Die Solarenergie gehört, genau wie Wind- und Wasserkraft, zu den erneuerbaren Energien. Diese Energien sind quasi unbeschränkt verfügbar und klimafreundlich zugleich. Die Sonnenstrahlung geht nie aus, sodass immer weiter Energie gewonnen und eingespeichert werden kann. Bei diesem Vorgang entstehen keinerlei Abgase oder andere schädliche Stoffe, die der Umwelt schaden könnten. Gerade in der heutigen Zeit wird darauf besonders viel Wert gelegt! Durch die Photovoltaik-Technologie, mit ihren vielen kleinen Solaranlagen, wird der Verlust von Energie auf ein Minimum reduziert. Es kommt nicht zu Verlusten beim Stromtransport, wie bei herkömmlichen Anbietern üblich. Die dabei eingesparten Kosten sind auch nicht außer Acht zu lassen. Gerade der Transport von Strom ist sehr energieaufwendig und teuer. Die kleinen Solarzellen sind zudem viel stabiler als große Anlagen. Wird ein Austausch nötig, müssten nur einzelne kleine Teile und nicht direkt die komplette Anlage erneuert werden. Mit einem Jahresumsatz von 5,5 Milliarden Euro, hat sich Deutschland zu einem führenden Solarenergiemarkt entwickelt. Dadurch werden immer mehr Arbeitsplätze geschaffen. Der größte Vorteil der Solarenergie besteht aber darin, dass man in keiner Weise mehr von Öl und Gas abhängig ist. Diese Unabhängigkeit von den ölfördernden Staaten und dem ständigen Preisanstieg, könnte in Zukunft große Energiekrisen vermeiden.» (Siehe: www.solarenergievergleich.de/solarenergie-vorteile)

Breiten Kreisen in Politik und Wissenschaft ist heute klar: Atomkraft löst nicht die Energieproblematik. AKWs sind im Betrieb gefährlich, durch mögliche Terroranschläge gefährdet und tragen zur weltweiten Verbreitung von waffenfähigem, hoch angereichertem Uran bei. Der in Deutschland heute anfallende radioaktive Atommüll wird kommenden

Generationen noch jahrtausendlang Kopfzerbrechen bereiten. Und: Die Uranvorräte werden in nur 30 bis 60 Jahren verbraucht sein. Ein Wiedereinstieg in die Atomkraft oder eine Laufzeitverlängerung nützt nichts. Im Gegenteil: Länger laufende AKWs bremsen den Ausbau klimafreundlicher erneuerbarer Energien.

Wirtschaftswachstum und ökologisch umsteuern – geht das zusammen?

In den Auseinandersetzungen um eine zukunftsfähige Wirtschaft spielt die Frage des Wachstums eine zentrale Rolle. Neoliberale Politiker und Wissenschaftler sehen im Wirtschaftswachstum nach wie vor das Glücks- und Heilsversprechen der westlichen Kultur. Diese Kultur war und ist eine Wachstumskultur. Andere Politiker und Wissenschaftler warnen vor den negativen Folgen der damit einhergehenden Lebens- und Konsumstile. Sie suchen daher nach neuen Definitionen von Wachstum und Wohlstand, die neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen.

«Das vergangene Jahr stand im Zeichen der größten weltweiten Finanzkrise unserer Zeit. 2010 wird sich entscheiden, wie wir aus dieser Krise herauskommen [...] Dazu müssen und werden wir als Bundesregierung alles tun, um Wachstum zu schaffen. Denn wir wollen mit mehr Wachstum klug aus der Krise kommen.» (Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Neujahrsansprache 2010, 31. Dezember 2009)

«Wachstum zu schaffen, das ist das Ziel unserer Regierung. [...] Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen.» (Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Regierungserklärung, 10. November 2009)

«Wir müssen jetzt mehr denn je unsere Politik darauf ausrichten, der deutschen Wirtschaft zurück auf ihren Wachstumspfad zu helfen.» (Georg Fahrenschon, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Rede auf dem Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken, 21. Juli 2009)

«Deutschland muss jetzt das Potenzial für dauerhaftes, selbsttragendes Wachstum wieder aufbauen. Wir brauchen einen höheren Wachstumspfad ... Dauerhaftes Wachstum erreichen wir nur mit niedrigen Steuern.» (Rainer Brüderle, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Rede zum Jahreswirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag, 28. Januar 2010)

«Wir brauchen eine anhaltende Wachstumsdynamik, die zu einem höheren Angebot an Arbeitskräften führt [...] Sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik hat zum Ziel, die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und die Sicherheit für die Menschen zu erhöhen. [...] Die Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa muss die Wachstumskräfte stärken. Eine hohe Binnennachfrage ist die Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Wir set-

zen uns für eine an der Produktivität orientierte Lohnpolitik ein.» (SPD-Parteivorstand. Parteivorstands-Beschluss, 6. Januar 2007)

«Wir sind extrem abhängig vom quantitativen Wachstum, das müssen wir ändern. Solange der Staat verschuldet ist, gibt es gar keine Alternative zum quantitativen Wachstum. Das folgt aus der Zins- und Zinseszinsformel. Das Ideal wäre eine qualitative Wachstumsstrategie, die die ökologische Belastung Jahr für Jahr minimiert und die Abhängigkeit vom quantitativen Wachstum reduziert. Das geht nur über ausgeglichene Haushalte, weil dann der Staat nicht mehr wie heute ein Wachstumsmotor sui generis ist. Der Abbau der Staatsverschuldung ist darum eine der dringlichsten politischen Aufgaben.» (Fritz Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen. In: Böll. Thema, Grüne Marktwirtschaft, Ausgabe 1/07)

«Diejenigen aus den anderen Parteien, die jetzt das Wort Grün im Munde führen, betrachten das nur als Zusatz. Sie wollen mit der Umweltechnik nur einen zusätzlichen Wirtschaftszweig aufmachen. Sie meinen, das ginge ohne Veränderung des Lebensstils. Wir aber wollen unsere Art zu leben und zu wirtschaften grundsätzlich umbauen. Ich will jetzt keinen Verzicht predigen, sondern unsere Grundausrichtung verändern.» (Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen. In: FAZ, 9. Januar 2010)

«Es geht auch um mehr als um Wachstum, wie wir es bisher gewohnt waren. Die Menschheit steht vor der existenziellen Aufgabe, den Klimawandel zu begrenzen. Das ist eine große Herausforderung an unseren Erfindergeist und unsere Alltagsgewohnheiten. Die Produktion und der Verbrauch von Energie und Rohstoffen müssen umweltschonend und nachhaltig werden, damit wir nicht länger die Zukunft unserer Kinder und Enkel aufzehren. Die Transformation hin zu einer ökologischen sozialen Marktwirtschaft ist möglich und nötig, und sie wird neue Arbeit und neues Einkommen schaffen. Der Wandel wird auch unseren Lebensstil verändern – wir werden lernen, mit weniger Verbrauch glücklich und zufrieden zu sein. Wir werden nach einer neuen Art von Wachstum streben: nach wachsendem Wohlergehen für Mensch und Schöpfung.» (Horst Köhler, Bundespräsident, Ansprache zur Ernennung des Bundeskabinetts, 28. Oktober 2009 in Berlin)

«Um dem Klimawandel zu begegnen, brauchen wir einen Wandel hin zu einer klimaverträglichen Kultur, die sich Schritt für Schritt vom Wachstumszwang und dem Bruttoinlandsprodukt als Maßstab für Wohlstand befreit und Technik zweckgerichtet in gesellschaftliche Ziele einbettet.» (Reinhard Loske, Senator der Freien Hansestadt Bremen. In: «Ist ohne Wachstum wirklich alles nichts?», FAZ, 16. November 2009)

«Auch die neue Bundesregierung folgt dem Irrglauben, mit Wachstum, funktionierenden Märkten und technologischem Fortschritt jedes Problem lösen zu können. Wenn die Bürger nur genug konsumieren, wird ihnen weisgemacht, werden sie mit auffrischender Konjunktur in eine rosige Zukunft schweben – ganz so, als sei die Welt des Konsums ein Ort der Glückseligkeit.» (Hans Werner Kitz, Journalist, Kommentar in der Süddeutschen Zeitung, 31. Dezember 2009)

«Drei Prozent Wachstum sind nötig und möglich für Deutschland». Wachstum ist erforderlich, «um die gewohnten Lebens- und Sozialstandards zu halten. Nur dann können breite Schichten der Bevölkerung von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren ... Bei weniger Wachstum gerät die Mittelschicht weiter unter Druck, da die wirtschaftliche Basis für breiten Wohlstand entfällt.» (Frank Mattern, Deutschlandchef von der McKinsey, bei der Vorstellung der McKinsey Studie «Deutschland 2020», 5. Mai 2009)

«Das Problem ist nicht, dass wir mehr Wohlstand wollen. Das Problem ist, dass wir Wohlstand durch materiellen Besitz definieren. Es gab Gesellschaften und Menschen, die dachten, ihnen ginge es besser nicht nur durch mehr Güter, sondern durch den Erwerb von Weisheit, Verständnis, mehr Freunden oder besserer Gesundheit. In diesem Fall können wir fast unbegrenzt reicher werden. Nur wenn wir Autos wollen, größere Häuser oder nach Hawaii in den Urlaub fliegen wollen, gibt es einen Widerspruch.» (Dennis L. Meadows, Universität New Hampshire, Interview in: Technology Review, 24. April 2009)

In Deutschland sind 81 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass «wir weiterhin wirtschaftliches Wachstum brauchen». Nur 7 Prozent vertreten die Auffassung, dass wir kein Wachstum brauchen. 12 Prozent können keine Aussage hierzu machen. (Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, April/Mai 2007 im Auftrag des IWG BONN. In: Meinhard Miegel/Thomas Petersen, «Der programmierte Stillstand», S. 25)

In der Regierungserklärung zum Auftakt ihrer zweiten Amtszeit hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im November 2009 ihre wirtschafts- und steuerpolitische Strategie entwickelt. Sparmaßnahmen oder Steuererhöhungen seien ihrer Meinung nach zur Überwindung der Wirtschaftskrise ungeeignet. «Die Bundesregierung setzt auf Wachstum, um Deutschland zu neuer Stärke zu führen. Deshalb werden wir auch im Jahre 2011 noch einmal einen weiteren Wachstumsimpuls setzen, und zwar in Form von Einkommenssteuersenkungen», betonte die Bundeskanzlerin. (Vgl.: Analyse: Nüchternen Ausblick auf düstere Zeiten. In: Die Zeit vom 10. 11. 2009)

Die westlichen Gesellschaften haben ihre Funktionsfähigkeit maßgeblich von einer ständig wachsenden Wirtschaft abhängig gemacht. Seit Jahren geht das Wirtschaftswachstum in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten jedoch spürbar zurück. In fast allen Industrieländern sinken die realen Wachstumsraten des Pro Kopf-Bruttoinlandsprodukts kontinuierlich. Dort, wo die Wirtschaft zuletzt noch recht kräftig wuchs, wie in den USA oder Großbritannien, wurde das Wachstum lange «auf Pump» finanziert. Gründe dafür sind unter anderem die globale Verknappung natürlicher Ressourcen, schrumpfende Bevölkerung und steigende Folgekosten wirtschaftlichen Wachstums. Geht das Wirtschaftswachstum zurück, steigt die Arbeitslosigkeit, sinken die Sozialleistungen, explodiert die Staatsverschuldung und mit dem Absinken des materiellen Wohlstandes wächst unter der Bevölkerung die Demokratieverdrossenheit.

Die Entwicklung der Wirtschaft wird also nach wie vor eng mit Wirtschaftswachstum verbunden. Auch die Lösung

gesellschaftlicher Großprobleme wie Beschäftigung und soziale Sicherheit werden davon abhängig gemacht. Doch die Wachstumsorientierung steht im Widerspruch zur Nachhaltigkeit. Daraus ergeben sich grundlegende Probleme:

- Weiteres Wirtschaftswachstum führt zu zunehmender Umweltzerstörung, zu Klimakatastrophen und rigoroser Ausschöpfung von Ressourcen. Effizienzsteigerung kann den Ausverkauf der Ressourcen und die zerstörerische Belastung der Umwelt nicht verhindern, bestenfalls verzögern.
- Weiteres Wirtschaftswachstum führt nicht mehr zur Verbesserung unserer Lebensverhältnisse. Im Gegenteil: Wachsende Belastungen durch Flächenverbrauch, Verkehr und Massengesellschaft, damit schwindende Rückzugs- und Erholungsräume, mindern die Lebensqualität in unserem unmittelbaren Lebensumfeld.
- Wirtschaftswachstum trägt nicht mehr zur sozialen Sicherheit und zum sozialen Frieden bei. Im Gegenteil: Bei stetig wachsender Wirtschaft sind Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich immer weiter geöffnet.

Warum muss die Wirtschaft im Sinne der Kapitallogik ständig wachsen? Als Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum dient das Bruttoinlandsprodukt BIP. Die Veränderungsrate des realen BIP gilt als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften. Das BIP gibt den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen) an, die innerhalb eines Jahres in der Volkswirtschaft eines Landes hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Die Wirtschaft wächst, wenn jedes Jahr mehr produziert und geleistet wird. Die Produktionsfaktoren sind im Wesentlichen Rohstoffe, Kapital und Arbeit. In den letzten Jahren hat das Gewicht des Kapitals erheblich zugenommen, ein immer größerer Teil des erwirtschafteten Inlandsprodukts wird für Kapitalkosten aufgewendet.

Vermögen wachsen durch Zinsen und Renditen exponentiell, damit steigen die Kapitalansprüche von Jahr zu Jahr, mittlerweile schneller als die Wirtschaftsleistung. Um Kapitalansprüche auf Dauer befriedigen zu können, muss die Wirtschaft auf Dauer wachsen – nicht mehr wachsende Wirtschaft wäre das Ende der Kapitalrendite. Unter Bedingungen der Vorherrschaft des Renditekalküls über Gemeinwohlbelange kann es keine zukunftsfähige Entwicklung geben. «Alle Appelle, zu einem Lebensstil zu finden, der unsere Erde auch künftigen Generationen lebenswert erhält, bleiben in den Wind gesprochen, so lange das Weltwirtschaftssystem zu ständigem Wirtschaftswachstum zwingt. Alle gut gemeinten Vorschläge, was man tun könne und was man lassen solle, helfen wenig, solange man versucht, die heilige Kuh «Wachstum» mit Attributen wie «qualifiziert» oder «nachhaltig» zu besänftigen, so lange man sich nicht mit den Grundsätzen und den Triebfedern unseres Wirtschaftssystems auseinandersetzt und hier nach Lösungen sucht, die ohne allzu große wirtschaftliche, soziale und internationale Verwerfungen aus der Wachstumsfalle führen. Das Ziel muss sein, der Menschheit eine weiterführende Entwicklung ohne Wachstum des Gesamtwirtschaftsvolumens zu ermöglichen.» (Dieter Scherf: *Wachstum mindert Lebensqualität. In: Natur + Umwelt 3-2007.*)

Auch für die Linke ist das eine schwierige Herausforderung. Die Gewerkschaften waren eher in Wachstumsphasen in der Lage, ihre Forderungen durchsetzen als in Zeiten des Abschwungs. Prekär Beschäftigte und Millionen Menschen mit niedrigem Einkommen hoffen auf Chancen durch Wachstum. Der Staatssozialismus war immer in der Vorstellung gefangen, den Kapitalismus durch ein höheres Wachstum besiegen zu können. Arme Länder setzen in Bezug auf ihre Entwicklung auch auf selektives Wachstum, um ihre Probleme zu lösen.

Bisher ist die Frage des Übergangs von Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung in linker Programmatik noch unterbeleuchtet. Entwicklung statt Wachstum – darüber gehen die Meinungen unter den Linken auseinander. In linken Konzepten wird der Übergang zu neuen Technologien und Arbeitsverhältnissen stark mit der sozialen Frage verbunden. Danach muss nachhaltige Entwicklung immer auch zu neuer Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit und Umweltschutz führen. Gesetzt wird auf die Umverteilung von Arbeit und Einkommen, auf die 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit bei Lohnausgleich, eine hohe soziale Sicherung, Mindestlöhne etc. Die Umverteilung soll gleichzeitig dazu beitragen, den Knoten im Investitionsstau zu lösen, damit die bisher schwache Binnennachfrage angeregt wird. Finanziert werden soll das Ganze durch höhere Steuereinnahmen, durch höhere Steuern für Wohlhabende und große Unternehmen. Zur Lösung der wirtschafts- und der ökologischen Krise wird deutlich auf die Belebung von Wirtschaftswachstum gesetzt. «Oberflächliche Wachstumskritik kann kein ernstgemeinter Weg für mehr Ökologie sein», heißt es. «Es geht beim Wirtschaftswachstum darum, was wächst und wie ... Gerade wenn wir eine Entkopplung von Wachstum und steigendem Verbrauch endlicher Ressourcen wollen, müssen wir hochinnovative Technik einsetzen. Auch um ökologische Altlasten zu beseitigen, brauchen wir Technologie. Diese Art von «Wirtschaftswachstum» ist notwendig.» (Michael Schlecht: *Der «Red New Deal» – sozial und öko. In: ND vom 9.4.2010, S. 17*) In der neuen Studie des Wuppertal-Instituts «Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt» gehen die Wissenschaftler ebenfalls davon aus, dass eine Umweltpolitik, die nicht gleichzeitig auch Sozialpolitik ist, keinen Erfolg haben wird. Im Unterschied zu den Varianten des Green New Deal mit Wachstum wird von den Autoren die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt gestellt, weil sie offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Ökologie haben: «Die Wachstumsorientierung steht in starker Spannung zur Nachhaltigkeit. Zwar kann der ökologische Umbau der Industriegesellschaft einen Wachstumsschub auslösen. Aber der notwendige Rückbau des fossilen Ressourcenverbrauchs um 80 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2050 wird sich kaum mit einer Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts – was einer geringen jährlichen Wachstumsrate von 1,5 Prozent entspräche – vereinbaren lassen. Zukunftsfähigkeit erfordert deshalb, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.» Ressourcenverbrauch und Wachstum – so die vertretene Position – lassen sich nicht dauerhaft entkoppeln. (Vgl.: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Studie des Wuppertal Instituts. Frankfurt am Main 2009, S. 91*)

Gestritten wird darüber, ob sich eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung ohne Wachstum unter den Bedingungen des Kapitalismus überhaupt ermöglichen lässt. Einige Wissenschaftler betonen, dass Kapitalismus immer eine «Überproduktion» erforderlich macht und damit stets auf Wachstum angewiesen bleibt. Investitionen in eine grüne Produktionsweise lassen sich nur über eine Wiederaneignung öffentlicher Räume und die Entwicklung einer transparenten sozialen Demokratie erreichen. Maßgeblicher Träger wären die sozialen Bewegungen. Tatsächliche Lösungen für die Klimakrise könnten nicht von Regierungen oder Konzernen, sondern nur von unten kommen, von weltweit vernetzten sozialen Bewegungen für Klimagerechtigkeit.

Andere sprechen von einer möglichen ökologischen Regulationsweise des Kapitalismus. Die bisherige kapitalistische Regulationsweise orientiert sich am Vorrang einer Regulation durch ökonomische Konkurrenz, die durch Produktivitätssteigerungen gerechtfertigt wird. Sie fördert Innovation, ist aber in ihren Auswirkungen auf die natürliche Umwelt aufgrund prinzipieller Richtungslosigkeit dieser Innovationen unberechenbar und willkürlich. Eine ökologische Regulationsweise setzt hingegen auf einen starken Non-Profit-Sektor, auf Ausweitung des Öffentlichen, auf einen Wandel von Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft, auf Basisdemokratie und Anti-Konsumismus, Gewinnaufteilung, auf Steigerung sozialer Sicherheit und solidarische Beziehungen.

Zukunftsfähig im Sinne einer solidarischen Gesellschaft kann nur eine Wirtschaftsform sein, die den Gemeingütern Umwelt und Lebensqualität die Priorität einräumt. Wachsen soll und kann alles, was zugleich der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität dient. Schrumpfen muss alles, was zur Übernutzung von Ressourcen führt, zerstörerische Risiken begünstigt und den sozialen Zusammenhalt beschädigt.

Für Linke kommt es deshalb darauf an, darum zu kämpfen, dass die Umwelt zerstörende ökonomische Machtstrukturen und die damit verbundene vorherrschende Umweltpolitik überwunden werden. Das bedeutet zugleich, jede Differenz im Machtblock der Herrschenden auszuschöpfen, die dem Erhalt der Biosphäre dienlich ist.

Ohne Verkehrswende keine Wende bei Klimaschutz und Energie

Klimaschutz und Energiewende sind nicht möglich ohne eine Verkehrswende. Sie besteht in der Umstellung von Mobilität und Transport von der Straße auf die Schiene. Ein radikales Schlüsselprojekt wäre die Einführung eines tariffreien öffentlichen Nahverkehrs. Er verwirklicht das Recht auf Mobilität, beschleunigt den notwendigen Ausstieg aus dem Kfz-Verkehr, erhöht die Lebensqualität in den Städten, senkt den Flächenverbrauch und ermöglicht den Umstieg auf autofreie Städte.

Die Mobilität der Zukunft kann durch einen intelligenten Mix der Verkehrsmittel gewährleistet werden. Er würde die Umwelt schonen und persönlichen Ausgaben senken. Für die meisten Menschen lassen sich Strecken unter einem Kilometer durchaus zu Fuß bewältigen. In Städten ist man

mit dem Fahrrad sowieso schneller. Rückgrat einer kombinierten umweltfreundlichen Mobilität muss jedoch der öffentliche Verkehr sein. Viele Anbieter öffentlicher Verkehrsmittel beraten über Alternativen zum Autofahren. Carsharing, Mitfahrgemeinschaften oder Pendlernetze erweitern den Aktionsradius nach Bedarf. Und für umweltfreundliches Reisen in Deutschland und Europa gibt es die Bahn oder Reisebusse.

Tipp von Greenpeace: Alle Kosten für ein Auto summieren sich bei 15.000 Kilometer Fahrleistung pro Jahr auf 4.936 Euro (Kalkulation für einen Golf 1.4). Für 3.650 Euro dagegen gibt es die Bahncard 100 für alle Fahrten im DB-Netz und für viele Städte auch als Cityticket im Nahverkehr. Bleibt noch genug Geld für ein neues Fahrrad und zwei Taxifahrten pro Woche.

Autos und Flugzeuge gehören nach wie vor zu den Großproduzenten von Klimagasen. Die heute auf dem Markt befindlichen Autos sind gierige Spritfresser und entsprechen weder in der Produktion noch im Betrieb den Kriterien von Nachhaltigkeit. Wichtige Zukunftstrends wie Rußpartikelfilter oder Hybridantrieb befinden sich erst in den Anfängen.

Eine Kritik am gegenwärtigen Stand der Automobilproduktion darf jedoch nicht außer Acht lassen, dass Mobilität natürlich auch Bewegungsfreiheit bedeutet. Verschiedene Mobilitätsbedürfnisse verlangen daher angepasste Lösungen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen auf dem Land, die große Anzahl von Berufspendlern, Zeitdruck in bestimmten Arbeitstätigkeiten, Lastentransporte, unzureichende ÖPNV-Angebote etc. – all das lässt oft keine andere Wahl zu, als das Auto zu benutzen. Im Zeitalter der Globalisierung sind der massenhafte Austausch von Gütern und weltweites Reisen – ob beruflich oder touristisch – eine Realität, der man sich stellen muss.

In einem umweltfreundlichen Mobilitätsmix spielt der öffentliche Verkehr die zentrale Rolle. Ihn zu fördern, ihn attraktiver und benutzerfreundlicher zu gestalten, darauf kommt es gegenwärtig vor allem an. Dazu gehören faire und einfache Tarife ebenso wie eine den Bedürfnissen der Menschen angepasste Gestaltung des Angebots an Beförderungsmitteln.

Die Bundesregierung hat 2009 mit einem Konjunkturpaket unterschiedslos jeden Neuwagen, vom Miniwagen bis zum spritschluckenden Geländewagen, für mindestens ein Jahr von der Kfz-Steuer befreit. Die Reform der Kfz-Steuer ab dem 1.7.2009 entlastet kleine Autos kaum, während große und schwere Diesel-Pkw weiter geschont werden. Hinzu kam die «Abwrackprämie», die unterschiedslos jeden Neuwagenkauf mit 2.500 Euro förderte – auch den Kauf eines Autos, das 14 Liter Diesel verbraucht –, solange nur ein mindestens neun Jahre altes Auto verschrottet wird. Mit Klimaschutz hat das alles nichts zu tun. Notwendig wäre vielmehr eine CO₂-basierte Reform der Kfz-Steuer, die sparsame Fahrzeuge entlastet und auf die Förderung von Elektroautos setzt.

Nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit

Wer über Nachhaltigkeit redet, kann über Gerechtigkeit nicht schweigen. Der Grundgedanke der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen 1992 bestand darin, mit dem Konzept der Nachhaltigkeit die Doppelkrise von Umwelt und gesellschaftlicher Entwicklung in den Griff zu bekommen, indem Ökonomie,

Ökologie und soziale Ziele zusammengeführt werden. Im Kern geht es dabei um Gerechtigkeit in vier Dimensionen:

- Globale Gerechtigkeit zwischen Norden, Süden und Osten;
- Soziale Gerechtigkeit, zwischen den Armen und der globalen Konsumklasse, bzw. der Dominanzbevölkerung und den Indigenen, ethnischen Minderheiten oder Migrantinnen und Migranten;
- Umwelt- und Ressourcengerechtigkeit, also: Zugangsrechte, Schutzpflichten und Belastung durch Umweltschäden und Verarmung;
- Geschlechtergerechtigkeit.

Auf der Rio-Konferenz gelang zunächst ein Kernkonsens: Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung sollte ein Regime von Global Governance aufgebaut werden. Angestrebt wurde, ein supranationales Steuerungs- und Regulierungsinstrumentarium festzulegen, um globale Probleme, und zwar vor allem soziale und Umwelt-Probleme, durch eine Serie großer UN-Konferenzen politisch in den Griff zu bekommen. Unter den beteiligten Staaten existierte eine gewisse politische Entschlossenheit, die Gestaltung dieser Aufgabe ernsthaft anzugehen, und es herrschte ein großer Optimismus über die Gestaltungsmöglichkeiten durch multilaterale Politik nach dem Ende des ideologischen Systemwettbewerbs vor. Auch bei zivilgesellschaftlichen Kräften stiegen damals die politischen Erwartungen in Bezug auf einen neuen Multilateralismus in UN-Format stark an. In der Hoffnung, Entwicklungsprozesse weltweit real zu beeinflussen, erstritten sich viele NGO's Zugänge und Partizipationsmöglichkeiten.

Was ist aus diesen Erwartungen geworden? Im Dokument der Nachfolgekonzferenz in Johannesburg vom September 2002 ist von Gerechtigkeit kaum noch die Rede. Das Leitbild einer Globalisierung von Menschen-, Frauen- und Kinderrechten kommt de facto nicht vor. Das Recht auf eine gesunde Umwelt wie das Recht auf Information und Beteiligung wurden aus dem Dokument gekippt, ein Recht auf Wasser hatte keine Chance aufgenommen zu werden. Zum einen waren es Länder des Südens, die sich keine Rechtsnormen vorschreiben lassen wollten, weil sie dadurch eine weitere Schwächung ihrer Position und Standorte gegenüber den Industrienationen befürchteten. Lediglich das Recht auf Gesundheit konnte vom Frauen-Caucus und der liberalen Länderfraktion kurz vor Toresschluss in das Dokument gegen massive Widerstände hineingekämpft werden.

Was war zwischen Rio und Johannesburg geschehen? Die Wucht der neoliberalen Globalisierung in den 90er Jahren hat nicht nur den Weltmarkt, sondern auch die Weltpolitik umgekrempelt. An die Stelle des Systemwettbewerbs trat der Standortwettbewerb. Deshalb kamen die meisten Regierungen mit einer Verhandlungsbereitschaft nach Johannesburg, die gegen Null tendierte. Sie ordneten soziale, umweltpolitische und Menschenrechtsziele ihren ökonomischen Standortinteressen unter. Deutlich wurden eine Ausdifferenzierung der Positionen der Länder des Südens und eine verschärfte Konkurrenz der ärmsten Länder untereinander. Die USA waren bemüht, ihre Hegemonie weiter auszubauen. Konkurrenz einerseits und Hegemoniestreben andererseits verhindern eine wirkliche multilaterale Kooperation, um ein globales Gemeinwohl und globale Gerechtigkeit jenseits nationalstaatlicher Partikularinteressen durchzusetzen. Marktzugang, Marktöffnung und Beteiligung der Privatwirtschaft wurden als *die* Problemlösungen für Armutsbekämpfung, nachhal-

tige Entwicklung und Umweltschutz offeriert. Jedoch konnte die neoliberale Globalisierung ihren Anspruch, quasi automatisch Motor für Armutsbekämpfung, Wohlstand für alle, Verteilungsgerechtigkeit zu sein, nicht einlösen. Zunehmende Ungleichheit, soziale und ökonomische Asymmetrie, Fortsetzung der Umweltzerstörung und ein Demokratiedefizit waren die Folge.

Auf dieses Gerechtigkeitsdefizit reagieren seit ein paar Jahren massiv neue soziale Bewegungen, Anti-Privatisierungsbewegungen, Basisbewegungen wie die der Landlosen, kleinbäuerliche Bewegungen für Ernährungssouveränität und gegen genmanipuliertes Saatgut, Anti-Globalisierungs- bzw. globalisierungskritische Bewegungen. Ihr Kernthema ist die Frage der Verteilungs- und der Ressourcengerechtigkeit. Damit wird eine Neuorientierung in der Gerechtigkeitspolitik eingeleitet.

Globalisierung von Menschenrechten und Gerechtigkeit – das ist der Punkt, von dem Nachhaltigkeit in die Zukunft hinein gedacht und praktisch politisch gebracht werden muss. In der Nachhaltigkeitsdiskussion gewinnt der Begriff von Gerechtigkeit insofern eine besondere Dimension, weil hierbei über Belange von noch nicht geborenen Generationen verhandelt werden soll. Damit steht die Frage, wie die Bereitschaft der in der Gegenwart Lebenden geweckt werden kann, Entscheidungen zu treffen, die die Belange kommender Generationen berücksichtigen.

Das kann politisch unter anderem nur wirksam angegangen werden, wenn im Sinne der Gerechtigkeit Mindeststandards für den Zugang zu natürlichen Ressourcen, deren Verfügbarkeit für alle aus Gründen der Gerechtigkeit gewährleistet sein müssen, festgelegt und zu ökologischen Grundrechten erklärt werden.

Ein gesellschaftlicher Zustand ist in Bezug auf Ökologie gerecht, wenn

- *Chancengleichheit* existiert, d. h. gleiche Chancen auf das Leben in einer natürlichen Umwelt, auf Nutzung von Grund und Boden, auf den Genuss von Naturgütern (biologische Lebensmittel, natürliche Materialien, Baustoffe, etc.) und den Konsum von Ressourcen (Rohstoffe, Energie) bestehen.
- *Menschenrechte* abgesichert sind, d. h. Rechte auf Mindeststandards für eine gesunde und ungefährliche Umwelt (Luft, Wasser, Strahlung, Lärm etc.) garantiert werden.
- *Gestaltungsrechte* bestehen, d. h. Partizipation an Entscheidungen über den Erhalt und die Gestaltung von Kulturlandschaften, Erhalt oder Wiedergewinnen von Naturdenkmälern, an Entscheidungen über das Verhältnis zwischen Ressourcenverbrauch und ästhetischer Gestaltung der Umwelt, an Entscheidungen über Industrieansiedlungen, Mülldeponien, Atomkraftwerke, Staudämme etc. gewährleistet ist.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen den reichen Ländern, dem «Norden», und den armen Ländern, dem «Süden», ist eine Geschichte grundlegender Ungerechtigkeit. Deren Formen haben sich im Verlaufe der Zeit gewandelt: Von der direkten Ausbeutung und Unterdrückung im Zeitalter des Kolonialismus über die indirekte Ausbeutung nach der Unabhängigkeit im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts bis hin zur Marginalisierung im gegenwärtigen Zeitalter der Globalisie-

rung. Die armen, rückständigen Länder werden heute oft als «Entwicklungsländer» bezeichnet, womit suggeriert wird, dass es sich dabei um bislang unterentwickelte Länder handelt, denen aber ein Weg zur Entwicklung durchaus offen steht. Entwicklung wird hier im Sinne von nachholender Entwicklung mit dem Ziel verstanden, so zu werden, wie der industrialisierte Norden bereits ist. Hier muss äußerst kritisch nachgefragt werden, ob sich eine solche Vorstellung von «Entwicklung» mit einer nachhaltigen gerechten Zukunftsgestaltung globaler Beziehungen vereinbaren lässt.

Mit globalen Problemen wie dem Klimawandel kommt eine weitere Dimension von Ungerechtigkeit hinzu: Während die Probleme überproportional im Norden verursacht werden, betreffen die Folgen wie Verwüstung oder extreme Wetterereignisse überproportional den Süden. Dies reicht bis zur existentiellen Bedrohung zahlreicher kleiner Inselstaaten, die es bei einem weiteren Anstieg des Meeresspiegels nicht mehr geben wird.

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit befinden sich in einem dialektischen Spannungsverhältnis. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

«In welcher Arena auch immer – ob Klima, biologische Vielfalt oder Handel: Wenn es dem Norden nicht gelingt, umweltpolitische Abkommen zu erzielen, die der Süden als fair empfindet, dann bleibt Nachhaltigkeit auf der Strecke. Ohne Gerechtigkeit eben keine Ökologie. Wenn freilich seinerseits der Süden im Grunde nur einen größeren Anteil an der Raubwirtschaft einfordert, dann bleibt Nachhaltigkeit ebenfalls auf der Strecke. Gerechtigkeit verträgt sich nicht mit Umweltschutz, es sei denn, sie wird im Rahmen einer umweltfreundlichen Entwicklung angestrebt. Deshalb gilt auch umgekehrt: Ohne Ökologie keine Gerechtigkeit.» (Wolfgang Sachs: *Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie*, Frankfurt/Main 2002, S. 39)

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 bis 2014 zur Weltdekade «Bildung für nachhaltige Entwicklung» ausgerufen. Ziel der Dekade ist es, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der Bildung zu verankern. Damit sollen allen Menschen Bildungschancen eröffnet werden, die es ihnen ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft erforderlich sind.

Nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn mit Phantasie und Kreativität Zukunft gestaltet, Neues gewagt und unbekannte Wege erkundet werden. Die wichtigste Quelle für Ideen und daraus resultierende Innovationen sind gut ausgebildete Menschen. Bildung erschließt Wissen und ermöglicht Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt. Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt. Erst Bildung ermöglicht dem Einzelnen echte Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben.

Auf der Rio-Konferenz «Umwelt und Entwicklung» der Vereinten Nationen 1992 wurde die Agenda 21 verabschiedet, in der die nachhaltige Entwicklung als gemeinsames Leitbild

der Menschheit für das 21. Jahrhundert dokumentiert wird. Das Kapitel 36 der Agenda 21 befasst sich mit der «Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung» und stellt damit die erste offizielle Verknüpfung von nachhaltiger Entwicklung mit der Bildung dar.

Warum wird diese Verknüpfung als notwendig angesehen? Zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung sind gesteuerte Wandlungsprozesse auf politischer Ebene und innovative Produktionsverfahren sowie weitere naturschonende Maßnahmen auf der wirtschaftlichen Ebene allein nicht ausreichend. Auf individueller und gesellschaftlicher Ebene sind darüber hinaus bewusstes Engagement der Menschen für nachhaltige Entwicklung, veränderte Konsum- und Verhaltensmuster sowie ein verändertes Gerechtigkeitsempfinden und Umweltbewusstsein nötig. Das lässt sich insgesamt nur über einen umfassenden geistigen und kulturellen Wandel bewerkstelligen. Ein solcher mentaler Wandel als Prozess veränderter Bewusstseinsbildung der Individuen zur Umgestaltung gesellschaftlicher Vorstellungen und Leitbilder ist ohne eine weltweite Bildungsinitiative nicht machbar, denn eine Selbstveränderung setzt eine gezielte Förderungspolitik voraus und Institutionen, die solche Veränderungen bewirken können.

Im Sinne der Zielsetzung der Agenda 21 wurde seit Mitte der 1990er Jahre ein Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bzw. als Education for Sustainable Development (ESD) ausgearbeitet. BNE verbindet zwei gesellschaftliche Problemfelder miteinander: ökologische Notwendigkeiten und entwicklungspolitische Einsichten. Sie führt folglich Aspekte der Umwelt- und Entwicklungspolitik in einem entsprechenden Bildungskonzept zusammen. In Deutschland wurde das Prinzip der Nachhaltigkeit 1994 als Staatsziel in Artikel 20a des Grundgesetzes verankert, allerdings noch ohne explizite Erwähnung der Bildung. Mit dem Bundestagsbeschluss «Bildung für eine nachhaltige Entwicklung» von 2000 wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Gestaltung der bundesdeutschen Gesamtpolitik am Leitbild einer «nachhaltigen Entwicklung» auszurichten und diese Zielsetzung mit konkreten Maßnahmen im Bildungsbereich zu verwirklichen.

Ziel der BNE ist es, dass die Individuen Kompetenzen erwerben, um aktiv und eigenverantwortlich die Zukunft gestalten zu können. In diesem Zusammenhang spielen ebenso rationale, emotionale wie auch handlungsbezogene Komponenten und der Erwerb von Urteilsfähigkeit eine entscheidende Rolle. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) dient speziell dem Gewinn von Gestaltungskompetenz. Mit Gestaltungskompetenz wird die Fähigkeit bezeichnet, Wissen über nachhaltige Entwicklung anzuwenden und Probleme nachhaltiger Entwicklung erkennen zu können. Das heißt, aus Gegenwartsanalyse und Zukunftsstudien Schlussfolgerungen über ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit ziehen und darauf basierende Entscheidungen treffen, verstehen und individuell, gemeinschaftlich und politisch umsetzen zu können.

Auch heute hängen bei Jugendlichen die eigenen Zukunftschancen wesentlich von ihrem Bildungsstand ab. Linke Politik setzt sich in diesem Zusammenhang strikt für eine frühkindliche Förderung für alle Kinder ein, insbesondere für

Kinder aus «bildungsfernen» Schichten oder mit einem Migrationshintergrund. Bei der Armut unter der Jugend handelt es sich nicht nur um Geldmangel im Einzelfall, sondern vor allen Dingen um eine Armut an Bildung, Teilhabe und Perspektive. Kinder in Deutschland müssen in punkto Gesundheit und Bildung früher und individueller gefördert werden. Kindergärten müssten beitragsfrei werden, und die Ganztagschulen gehörten ausgebaut.

Veränderungen in der Lebensweise gestalten

6,3 Milliarden Menschen bevölkern heute die Erde, aber nur 1 Milliarde bilden die sogenannte Konsum-Schicht mit einem aufwendigen Lebensstil. Gleichzeitig hungern immer noch mehr als 850 Millionen Menschen. Wasser, Rohstoffe, gesunde Lebensmittel und fruchtbares Land werden knapp. Der Ressourcen- und Energieverbrauch ist global sehr unterschiedlich und ungerecht verteilt: Nur ein Fünftel der Menschheit verbraucht etwa vier Fünftel aller Ressourcen. Die zunehmende Verknappung fast aller Naturressourcen und die steigenden Kosten für Umwelt- und Klimaschutz werden über kurz oder lang dazu führen, dass in den westlichen Industrieländern der materielle Wohlstand stagnieren bzw. sinken wird. Da die Menschen in den westlichen Industriestaaten jedoch auf materiellen Wohlstand und dessen Mehrung fokussiert sind, bringt dessen Rückgang Unzufriedenheit und soziale Spannungen mit sich. Materielle Wohlstandseinbußen müssen durch Wohlstandsgewinne in anderen Lebensbereichen zumindest partiell kompensiert werden, unter anderem durch eine veränderte Lebensweise.

In den westlichen Ländern ist es zur Gewohnheit geworden, gedankenlos und verschwenderisch mit Lebensmitteln umzugehen, wodurch riesige Verluste entstehen. Massenhaft werden Lebensmittel produziert, die nicht verbraucht werden können und im Abfall enden. Große und preisgünstige Lebensmittelsortimente führen zur Anwendung problematischer Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Großflächige maschinelle Bewirtschaftung, hoher Energieaufwand, lange Transportwege, das Betreiben riesiger Gewächshausanlagen, die Massentierhaltung sowie das Ausbringen großer Mengen an Pflanzenschutzmitteln und Handelsdüngern tragen zu Bodenerosion, Treibhausgasemissionen, Luft- und Gewässerverschmutzung sowie zu Schadstoffanreicherungen in Lebensmitteln bei. Hohe finanzielle Belastungen entstehen durch die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten.

Die Bereitschaft zu einer nachhaltigen Lebensweise und die Einsicht in die Begrenztheit der natürlichen Umwelt können weder durch den Markt noch durch irgend ein anderes Lenkungssystem «künstlich» erzeugt werden. Notwendig ist zum einen, den Menschen den Zusammenhang zwischen Konsum, Lebensweise, Risikobereitschaft und Naturnutzung zu verdeutlichen – das ist eine Bildungsaufgabe. Zum anderen muss es zu einer kulturellen Neuorientierung kommen, in der ressourcen- und naturschonendes Verhalten gefördert und sozial belohnt wird. Ziel sollte ein Lebensstil sein, der soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Verantwortung ohne puritanischen Griesgram verbindet.

Nachhaltige Lebensweise – weniger Verzicht, mehr Genuss
Genuss statt Verzicht! Das bedeutet wir genießen mehr, weil wir

- *öfter mal das Auto stehen lassen und zu Fuß gehen oder mit der Bahn fahren und keinen Stau, keine Parkplatzsuche und keinen Stress haben. Und je mehr Menschen wir mit diesem Genuss anstecken können, desto besser wird auch die Luft.*
 - *bewusster mit unserem Stromverbrauch im Haushalt umgehen und durch energie-effiziente Produkte das Leben einfacher machen und dabei eine Menge Geld sparen.*
 - *mehr auf Qualität als auf Quantität bei unseren Lebensmitteln und anderen Konsumgütern setzen und Dinge kaufen die in unsere Umgebung hergestellt werden und deren Herstellungsprozess ohne Chemikalien auskommt.*
 - *Spaß am Leben haben, mehr Zeit zu genießen und mehr Energie für die Dinge die uns wirklich wichtig sind.*
- (Quelle: Green Life e. V., Januar 2010)
-

Alles hängt mit allem zusammen. Hoher Papierverbrauch bedroht die Wälder. Übermäßiger Fleischkonsum führt zu Massentierhaltung und gefährdet die Gesundheit. Ein ständiges wachsendes Angebot an Billigwaren bei Discountern basiert auf Ausbeutung und miserablen Lebensbedingungen von Textilarbeiterinnen und Kaffeepflückern in Entwicklungsländern.

Verbraucherinnen und Verbraucher können mit einem Wandel in ihren Einkaufsgewohnheiten die Konsumkultur entscheidend verändern. Hersteller alltäglicher Konsumprodukte können noch viel stärker auf biologische und umweltschonende Verarbeitung, auf Energie- und Materialeffizienz und auf einen fairen Handel achten. Eine solche neue, nachhaltige Konsumkultur kann sich aber nur herausbilden, wenn zugleich alle Politikfelder von der Energie- und Verkehrspolitik über die Agrar- bis zur Wirtschafts- und Abfallpolitik stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Die Politik muss umschalten auf ökologisches Wirtschaften, Transparenz, Aufklärung und Bürgerbeteiligung.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher honorieren bereits die bessere Qualität und den hohen Gesundheitsnutzen ökologischer Ware. Wer danach sucht, findet mittlerweile in Bauern- und Supermärkten eine vielseitige Auswahl gesunder Lebensmittel von Wurst und Käse aus artgerechter Tierhaltung bis zu regionalen Spezialitäten. Konsumbewusste Verbraucher setzen mit Biolebensmitteln ein Zeichen gegen billige Massenproduktion, Mega-Mastbetriebe und einen ruinösen Verdrängungswettbewerb.

Tiefgreifende Veränderungen in der Lebensweise betreffen auch die Ernährungsweise der Menschen. Gegenwärtig pflegen «vier Fünftel der Bevölkerung Ernährungs- und Essgewohnheiten, die Wohlbefinden, Lebensqualität und den materiellen Wohlstand mehr oder weniger verringern. Da die Ursachen hierfür vielfältig sind, bedarf es differenzierter Lösungsvorschläge. Je nach sozialer Lage, beruflicher Situation, Lebensphase, Alter und kulturellem Hintergrund sind unterschiedliche Wohlbefinden und Lebensqualität verbessernde Ernährungsweisen denkbar.» (Martin Schulte, Elias Butzmann: *Thesenpapier «Lebens-Mittel»*. Kann eine andere Art des Essens und Trinkens voraussichtliche materielle Wohlstandverluste kompensieren? Denkwerk Zukunft, Bonn, Oktober 2009)

Der ungesunde Trend zum Übergewicht belastet die individuelle Gesundheit und das Gesundheitssystem als Ganzes. Zehn Prozent unserer Kinder und Jugendlichen sind bereits in ihrer körperlichen und motorischen Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Nach Erhebungen der Deutschen Diabetes Gesellschaft sind in Deutschland etwa 2,5 Millionen Diabetes-2-Fälle durch Übergewicht bedingt. Zu viel Fleisch schadet nicht nur der Gesundheit. Die massenhafte Fleischproduktion wird unter anderem mit Gen-Soja als Futtermittel aus Brasilien erkaufte, dessen großflächiger Anbau dort zur Zerstörung von Regenwäldern und bäuerlichen Lebensräumen beiträgt. Worauf es ankommt, ist die Förderung gesunder, gentechnikfreier, ökologisch erzeugter und fair gehandelter Lebensmittel – Klasse statt Masse eben. Aber solche Lebensmittel müssen für alle erreichbar sein, auch für diejenigen mit schmalen Geldbeutel. Das ist eine Herausforderung für den modernen Sozialstaat.

Zur Lebensqualität gehört das Wohnen. Gesund und giftfrei wohnen, ökologisch bauen, soziale Nachbarschaften beachten und nachhaltig planen – das sind Erfordernisse, die zukunftsweisenden Maßstäben gerecht werden. «Klein, aber mein!» – Nach dieser Devise wurden und werden Häuser gebaut und Grundstücke zugeschnitten. Wohin das führt, ist allenthalben zu beobachten: zu enormem Flächenverbrauch, zur Zersiedelung der Landschaft und zur Energieverschwendung. Eine kluge Stadtplanung sollte deshalb auf kompakte Siedlungsformen setzen. Denn sie vermeiden unnötige Naturzerstörung, minimieren Kosten für Infrastrukturleistungen und verbinden die Vorteile eines attraktiven Wohnumfeldes mit einer intakten Nachbarschaft. Ökologische Baustoffe besitzen eine hervorragende Umweltbilanz und Materialqualität und sollten vorrangig eingesetzt werden.

Keine Nachhaltigkeit ohne mehr Demokratie

Eine Politik der Nachhaltigkeit verlangt von jeder und jedem einzelnen, Verantwortung über den Tag und über sich selbst hinaus wahrzunehmen, was dann gelingen kann, wenn zu erkennen ist, dass die eigenen Interessen unauflöslich eingebunden sind in die Interessen des Gemeinwesens. Daher zwingt die Idee der Nachhaltigkeit zu einem qualitativen Sprung in der Bürgerbeteiligung und letztlich in der Modernisierung der Demokratie.

Heute kann es nicht mehr nur darum gehen, in politische Willensbildungsprozesse einbezogen zu sein, vielmehr geht es um Mitwirkung an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Es geht um die selbstbewusste und mitverantwortliche Teilnahme an der «Beratung über gemeinsame Angelegenheiten» (Aristoteles), an der Gestaltungsaufgabe der Politik. Das gilt insbesondere für die politische Durchsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit mit den damit verbundenen strukturellen, institutionellen und finanziellen Konsequenzen.

Für Klimawandel und Klimakatastrophen werden von immer mehr Menschen der rücksichtslose und vom Profitstreben bestimmte Umgang großer, weltweit agierender Konzerne mit der Natur und den Rohstoffen der Erde angesehen. Aber an den Aktionen und Protesten von Umwelt- und globalisierungskritischen Organisationen beteiligen sich verhältnismäßig wenige. Statt solidarischem und demokratischem Aufbegehren sind Gleichgültigkeit und die Bereitschaft, undemo-

kratische und autoritäre Entwicklungen hinzunehmen, weit verbreitet.

Knapp die Hälfte der Bundesbürger empfindet sich als von der Wirtschaftskrise bedroht, so eine Studie. Persönlich betroffen fühlen sich fast 40 Prozent. Drei von vier Menschen in Deutschland sehen Fehler im kapitalistischen Wirtschaftssystem, dessen Fehler letztlich sie ausbaden müssten. Gerade wer sich direkt von der Wirtschaftskrise betroffen fühle, neige eher dazu, vorurteilsbeladen Unterschiede zwischen Menschengruppen zu behaupten und Solidarität aufzukündigen. Befragungen, die das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld durchführte, zeigten: 47 Prozent der Menschen sind der Ansicht, dass «die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert sind, einen Job zu finden». 57 Prozent sagten, es sei «empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen». Insgesamt 61 Prozent sind mittlerweile der Auffassung, in Deutschland müssten zu viele schwache Gruppen mitversorgt werden. Jeder Dritte sagt: «In Zeiten der Wirtschaftskrise können wir es uns nicht leisten, allen Menschen die gleichen Rechte zu garantieren.» Interessant ist auch, dass weniger als 10 Prozent der Menschen noch diesen Satz richtig finden: «Im Allgemeinen geht es gerecht auf der Welt zu.» (Vgl.: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 8. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2009. Vgl. auch: Wutgetränkte Apathie. In: Spiegel vom 3.4.2010*)

Aus Angst vor dem Terrorismus riskiert die Politik, die Grundlagen des freiheitlichen Verfassungsstaates zu zerstören. Der Kampf gegen den Terror führt Polizei, Militär und Geheimdienste immer öfter ins rechtliche Niemandsland. Völker- und Staatsrechtler, die westliche Regierungen beraten, arbeiten am Modell eines globalen Polizeistaates, in dem die Bürgerrechte bei Bedarf eingeschränkt und für Risikobürger Internierungslager eingerichtet werden könnten.

Nachhaltigkeit geht nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an wirtschaftlicher und politischer Entwicklung von Gemeinschaften und Ländern ist als grundlegende Voraussetzung zum Erreichen der internationalen Verpflichtungen zur nachhaltigen Entwicklung anerkannt. «Geschlechtergleichheit ist mehr als nur ein Ziel für sich genommen. Es ist eine Vorbedingung dafür, die Probleme zur Verringerung der Armut, der Förderung der nachhaltigen Entwicklung und der Einführung guter Regierungsführung anzugehen», sagte UNO-Generalsekretär Kofi Annan. (Vgl.: *UNRIC/129/Mai 2006*)

Geschlechtliche Gleichberechtigung und nachhaltige Entwicklung stehen in einem engen Wechselverhältnis. In der ungleichen Verfügungsmacht über natürliche und gesellschaftliche Ressourcen, im Fehlen politischer Rechte und eingegrenzten sozialen Handlungsspielräumen offenbart sich der globale Zusammenhang von Ökologie, sozialer Entwicklung und Geschlechterverhältnissen.

Frauen leisten unentgeltlich den Hauptanteil an der gesellschaftlich notwendigen Versorgungsarbeit für die Familien und erbringen einen hohen Anteil an Dienstleistungen zur Grundversorgung (Wasser, Energie, Transport, Abfallentsor-

gung). Doch in der vom freien Markt geprägten globalen Ökonomie gilt diese Reproduktions- und Subsistenzarbeit nicht als produktiv und wird volkswirtschaftlich nicht gewertet.

So wie Geschlechterdiskriminierung in vielen Ländern einhergeht mit gesamtgesellschaftlichen Folgen wie langsame Wirtschaftsentwicklung, Korruption, schlechte Regierungsführung, Armut, geringe Lebensqualität, Analphabetentum und mangelhafte Bildung, sind Gesundheit, Bildung, Arbeit, demokratische Mitwirkung von Frauen grundlegende Voraussetzungen für positive Entwicklungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich der Gesellschaft.

Untersuchungen laut einer Studie der Weltbank haben ergeben, dass Frauen in Ländern der dritten Welt einen deutlich größeren Teil ihrer zusätzlichen Einkommensgewinne in die Gesundheit und Ausbildung ihrer Kinder investieren als Männer. Zudem geht mit einem steigenden Bildungsgrad von Frauen die Ausbreitung von HIV signifikant zurück. Mehr Bildung von Müttern senkt außerdem die Sterblichkeits- und Krankheitsraten von Säuglingen und Kleinkindern. Eng verbunden mit dem Zugang von Frauen zu Bildung, Gesundheitseinrichtungen und zur politischen Partizipation ist auch die Gewährleistung von Ernährungssicherheit, die die Grundvoraussetzung von gesellschaftlicher Entwicklung überhaupt darstellt. Besitzen Frauen gleichberechtigt Zugang zu Krediten, zu Grundeigentum oder Produktionsressourcen, bedeutet dies eine wichtige Sicherung der Versorgung der Familien mit Wasser und Nahrungsmitteln. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass mehr rechtliche und politische Gleichberechtigung zu weniger Korruption in Wirtschaft und Politik führt. Gesellschaften mit einem hohen Maß an geschlechtlicher Gleichberechtigung sind in der Regel auch demokratisch und transparent strukturiert und in soweit weniger korruptionsanfällig.

Positive Lebensbedingungen und gleichberechtigte Behandlung von Frauen und Mädchen führen in diesen Ländern dazu, dass Familien mit einem höheren Einkommen verstärkt in die Ausbildung der Töchter investieren. Dadurch sind mehr Frauen berufstätig und durch ein eigenes Einkommen unabhängiger in ihren Entscheidungen. Verbesserungen in der Infrastruktur, der Wasserversorgung, bei Transport und Energie, verringern die Arbeitszeit von Frauen und Mädchen im Haushalt deutlich. Damit wird Zeit gewonnen, die jetzt für Schulbesuch, Lohnarbeit oder Gesundheitsvorsorge zur Verfügung steht. Derartige Entwicklungen vollziehen sich nicht im Selbstlauf, sondern hängen ab vom Rechtsstatus der Frau, dem Zugang zu und der Kontrolle über Produktionsmittel und den politischen Rahmenbedingungen. Deshalb müssen ökonomische Entwicklung, mehr Geschlechtergerechtigkeit und institutionelle Reformen Hand in Hand gehen.

Globale Krisen und Friedensinitiativen

Das Ringen um eine nachhaltige Entwicklung und der Kampf für den Frieden stehen in einem direkten Zusammenhang. Die Ressourcen für Wachstum, Profit und Macht, für Überproduktion, verschwenderischen Konsum und umweltzerstörende Lebensweise in den mächtigsten Industriestaaten der Erde werden immer knapper. Um fossile Energieträger und Rohstoffe, insbesondere um den Zugang zu Öl und Gas, hat ein heftiger Verteilungskampf begonnen. Die USA führen Angriffskriege im ölreichen Nahen und Mittleren Osten und bauen ihre militärische Präsenz in Westafrika aus. Bis zu

16 Prozent des von den USA eingeführten Erdöls kommen aus dieser Region Afrikas. Energieressourcen werden immer mehr zum Gegenstand internationaler Konflikte. Eine verstärkte Kooperation zwischen der Türkei und dem Iran im Gassektor verärgert Washington. Der immer wieder aufflammende Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine ruft die EU-Staaten auf den Plan. Ölleitungen von Russland nach Deutschland durch die Ostsee fordern Protest aus Polen heraus. Ein Wettlauf um die Territorialrechte am Nordpol ist zwischen Kanada, Dänemark, Russland und den USA entbrannt. Die vermuteten Ressourcen wecken so große Begehrlichkeiten, dass einige Anrainerstaaten ihre Marineverbände in der Region aufrüsten. (Vgl.: *Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich. Thesenpapier zur Konferenz «Klima & Energie – Macht – Arbeit». 2. bis 4. November 2007 in Hamburg*)

Militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland befinden sich bereits in der Planung. In den verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr aus dem Jahre 1992 wird der «ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen zum vitalen Sicherheitsinteresse» der Bundesrepublik Deutschland erklärt. Auch das 2006 veröffentlichte «Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr» enthält die Aussage, dass die Energieversorgung notfalls durch den Einsatz der Bundeswehr zu gewährleisten sei.

Kämpfe um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte nehmen spürbar zu. Armut, Hunger, Unterdrückung, der Zerfall von staatlichen Strukturen, ethnische und religiöse Konflikte, die Verknappung und ungerechte Aneignung von Naturressourcen, Fundamentalismus und Terrorismus – aus all dem erwachsen heute Kriege und Gewalt. Der Klimawandel fügt diesen Konfliktkonstellationen neue hinzu. Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation führen zu Landnutzungskonflikten. Vor allem in Asien verursacht der steigende Meeresspiegel Umweltkatastrophen und damit erhebliche soziale Konflikte. Durch den Klimawechsel ausgelöste Migrationsströme könnten in Zukunft in Wechselwirkung mit anderen Ursachen verstärkt zu militärischen Konflikten führen. Sollte sich eine konsequente globale Energiewende nicht durchsetzen und die Erderwärmung weiter drastisch ansteigen, könnte im Extremfall sogar der Amazonasregenwald austrocknen und der asiatische Monsun ausbleiben. Dies hätte unkalkulierbare Auswirkungen auf ganze Kontinente.

Deutlich wird, dass der Wandel des Energiesystems auch zu einer wesentlichen friedenspolitischen Investition geworden ist. Zur Gewährleistung einer ausreichenden fossilen Energieversorgung für die Übergangszeit müssen internationale Institutionen und Verfahren entwickelt werden, um die Verteilung knapper werdender Ressourcen konfliktfreier und gerechter zu regeln und der Militarisierung auf diesem Gebiet entschieden entgegenzutreten.

Aus alledem ergibt sich für linke Politik:

- Energiewende statt Krieg um Rohstoffe
- Gelder, die bisher in die Rüstung geflossen sind, für Klimaschutz einsetzen («Friedensdividende»)
- Soziale und ökologische Entwicklung statt liberalisierter Rohstoffmärkte
- Länderübergreifende Projekte mit erneuerbaren Energien als Beitrag zum Frieden

Krieg bringt Unterdrückung, menschliches Elend und sät neuen Hass. Dagegen bedingen Frieden und solidarische Entwicklung einander. Durch Schuldenerlass, schnelle Steigerung der Entwicklungshilfe, Unterstützung beim Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Dienste insbesondere in den Bereichen von Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge sowie rechtsstaatlicher demokratischer Strukturen sollten vor allem jene Länder gestärkt werden, die von Unterentwicklung, Staatszerfall und Bürgerkrieg besonders betroffen sind. Gerechter Welthandel schließt den geförderten Technologietransfer in die weniger entwickelten Länder ein.

Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die Entwicklungsperspektiven für die ärmeren Länder, soziale und ökologische Gestaltung und demokratische Kontrolle ermöglicht, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Exportmärkten voranzutreiben. Direktinvestitionen und transnationale Konzerne müssen strengen Regeln und Kontrollen sowie sozialen und ökologischen Standards unterworfen werden.

Wir fordern eine grundlegende Demokratisierung der internationalen Institutionen.

Linke wollen, dass das Völkerrecht als vertragliche Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten konsequent anerkannt, durchgesetzt und weiterentwickelt wird. Die Instrumentalisierung der UNO für Kriegseinsätze muss beendet werden. Der UNO-Vollversammlung sind mehr Rechte einzuräumen. Um die schlimmsten Geißeln der Menschheit wie Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel, Seuchen und Krankheiten, Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus drastisch zu bekämpfen, werden dringend völkerrechtlich verbindlichen Regelungen gebraucht.

Nur so lassen sich die Millenniumsziele der UNO bis 2015 verwirklichen: Eine aktivere Rolle sollte die UNO bei der Reform der Weltwirtschaftsordnung spielen. Unter anderem beim Regulieren der Finanzmärkte und beim Schaffen eines System fester Wechselkurse. In der Politik der Welthandelsorganisation (WTO) gilt es, die Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung und des Freihandels zu überwinden und entwicklungspolitisch sinnvolle Ziele im Rahmen einer ökologisch nachhaltigen und sozial, politisch und wirtschaftlich gerechten Weltwirtschaftspolitik anzustreben. Die UNO muss sich zu einer globalen Instanz bei der Bewältigung der überlebenswichtigen Fragen der Menschheit wie Ernährung, Klimawandel, Wasser- und Energieversorgung entwickeln.

3. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Ökologische Frage als Grundbestandteil eines modernen Sozialismusverständnisses

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Menschheit weltweit mit einer großen Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert. Die beiden Krisen sind mit globalen Großgefahren verflochten: mit der Umwelt- und besonders mit der Klimakrise, mit einer Krise des Wachstums und westlicher Lebensweisen, mit der Armut und der dramatischen Ernährungskrise in großen Regionen, mit dem Fortdauern von Kriegen und nach wie vor mit atomarer Bedrohung der Menschheit.

Die Herausforderung für die Linke besteht darin, diese Krisen in ihrer Komplexität und Mehrschichtigkeit zu erfassen und entsprechende Alternativen dazu auszuarbeiten und in Politik umzusetzen.

Im Klimawandel, in Klimakatastrophen und in der Zerstörung der Biodiversität offenbaren sich die wohl bedrohlichsten Herausforderungen unseres Jahrhunderts.

Die Linke hat international wie auch in Deutschland eine Reihe von alternativen Konzepten zur Umweltpolitik entwickelt. Dennoch wurde der sozial-ökologische Umbau, der die gesamte Breite der gesellschaftlichen Bereiche – Wirtschaft, Lebensweise, Bildung, Kultur etc. – erfasst, noch unzureichend ins Zentrum linker Programmatik und Politik gerückt. Angesichts der Dringlichkeit der damit verbundenen und zu lösenden grundlegenden Daseinsprobleme, sollte dieses Defizit schnellstens überwunden werden.

Linke Kräfte haben eine Vielzahl der Probleme zukünftiger Entwicklung aufgegriffen und mit ihrem Verständnis von einem demokratischen Sozialismus verbunden.

– Als demokratischer Sozialismus kann eine Gesellschaft verstanden werden, in deren Zentrum die individuelle Freiheit einer und eines jeden steht, über das eigene Leben selbst zu bestimmen – gestützt auf eine sozial gleiche Teilhabe aller an den Grundbedingungen solcher Selbstbestimmung und auf Solidarität.

– In einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus und auf dem Weg dahin gewinnt das Öffentliche – vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge – eine zentrale Bedeutung, weil der Markt soziale Gleichheit und solidarische Sicherungssysteme nicht herzustellen vermag. Das Projekt des Neoliberalismus ist der Individualismus. Das Projekt der Linken ist die Individualität aller durch Teilhabe am Öffentlichen für alle.

– Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert hat Geschlechtergerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit herzustellen. Das alte Ziel aller linken Bewegungen, Gerechtigkeit nämlich als Einheit von Freiheit, Gleichheit und Solidarität in Frieden, muss mit der Bewältigung einer neuen Herausforderung verknüpft werden: mit einem sozial-ökologischen Umbau, der die Umweltkrise überwindet und insbesondere eine Klimakatastrophe abwendet. Rot muss künftig entschieden stärker rot *und* grün *und* feministisch zugleich sein – als eigenes Selbstverständnis der Parteilinken und der breiteren Linken und nicht allein als Bündnispolitik mit grünen und feministischen Bewegungen.

– Das geistig politische Wirken der Linken für demokratischen Sozialismus hat seinen Bezugspunkt nicht in der bloßen gedanklichen Konstruktion einer schönen neuen Welt. Links sein heißt, für die Mobilisierung alternativer Akteure durch eigene Teilnahme an deren Engagement, für deren Vernetzung zu veränderungsmächtigen Bewegungen, Allianzen und Bündnissen in den Kämpfen um bessere Zukünfte zu wirken.

– Demokratischer Sozialismus wird als ein transformatorischer Prozess verstanden, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft beginnt und über sie hinausführt wird.

(Dieter Klein: 1989/2009 – Ungelöstes. In: Standpunkte 20/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 4. Vgl.: Michael Brie und Christoph Spehr; Was ist Sozialismus? In: kontrovers 1/2008, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin)

Eine Gesellschaft der individuellen Freiheit, in der jede und jeder in sozial gleicher Weise an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Solidarität teilhaben – das ist der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus. Bedingungen solcher Persönlichkeitsentfaltung sind existenzsichernde sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Leistungen des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme, demokratische Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen und Umweltgerechtigkeit in einer befriedeten Welt. Der Profit- und Marktmechanismus kapitalistischer Gesellschaften vermag eine solche Einheit von Freiheit und Gleichheit nicht herzustellen.

«Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können?» – das ist die einfache Frage, von der linke Politik ausgeht, und deren Beantwortung bestimmt den roten Faden linker Programmatik.

Die Lösung der Großprobleme unserer Zeit wie Überwindung von Kriegen, Hunger und Elend in der Welt, von Analphabetismus und Statusabhängigkeit der Bildung, von Mangelkrankheiten, ungerechter Teilhabe am Umweltraum und an gesellschaftlichen Entscheidungen, das heißt eine zukunfts-fähige Gesellschaft verlangt, dass das Öffentliche – öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum, öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung, öffentliche Räume und Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen – zur *conditio humana* für individuelle Freiheit wird. Es gewährleistet Teilhabegerechtigkeit an den elementaren Lebensbedingungen und wird zum Halt der Einzelnen gegen eine Zukunft der Unsicherheit und Ausgrenzung. Wer individuelle Selbstbestimmung will, muss die Ausweitung und Gestaltung des Öffentlichen wollen.

Emanzipatorische Alternativen auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus zielen auf eine tiefgreifende sozial-ökologische Umwälzung der Gesellschaftsstrukturen. Das bezieht sich auf Veränderungen in den Proportionen zwischen allgemeinen Reproduktionsbedingungen (Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Fürsorge für Ältere und gesundheitliche Belastete, Kultur, soziale Sicherungssysteme, Mobilität) und individuellem Konsum, zwischen dem Produktionssektor und dem Dienstleistungssektor ebenso wie auf einen Umbruch von einer fossilen zu einer solaren Energiewirtschaft; Rüstungskonversion; Übergang zu umweltverträglichen Lebensweisen; Neutrierung des Verhältnisses zwischen Binnen- und Exportmärkten, zwischen Inlandsverbrauch und solidarischer Unterstützung von Entwicklungsländern. Dabei geht es stets um öffentliche Regulierung anstelle des Marktradikalismus.

Ein weitreichender Umbau der Wirtschaftsstrukturen in der Einheit von Sozialem und Ökologischem kann einen Ausweg aus der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise eröffnen. Das ist ein komplizierter und widersprüchlicher Prozess, der auch Auswirkungen auf das Denken aller Beteiligten haben wird. Unter den Bedingungen einer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise tendieren die Auseinandersetzungen in den Betrieben und Unternehmen dazu, unter allen Umständen Arbeitsplätze zu erhalten und Massenentlassungen zu verhindern. Das aber bedeutet, die gegebenen Unternehmensstruktur zu verteidigen: «Opel muss gerettet werden!» – heißt

es. Aber das bedeutet, eine Branche zu konservieren, die einen Hauptanteil an der Gefährdung der Klimastabilität hat. Auch die Forderung einer Beteiligung der Beschäftigten an Opel-Aktien würde ihr Interesse auf den Bestand «ihres» Einzelunternehmens und nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen neuer nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen lenken.

Deutlich wird, dass sozial-ökologischer Umbau mit erheblichen Umbrüchen in den Eigentums-, Verfügungs-, Verteilungs- und Machtverhältnissen verbunden sein wird. Die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen werden unmittelbar betroffen sein. Dieser Problematik in ihrer ganzen Komplexität und inneren Widersprüchlichkeit muss sich die Linke noch konsequenter stellen. Das erfordert, Umweltpolitik als eine zentrale Achse linker Politik zu begreifen. Die Linke hat auf diesem Überlebensfeld die starke Herausforderung durch die Grünen im Parteienspektrum noch nicht angenommen. Sie hat dafür jedoch eine strategische und konzeptionelle Chance. Die Grünen verstehen den von ihnen angestrebten Green New Deal als grünen Kapitalismus. Es ist der Markt- und Profitmechanismus, der eine nachhaltige Entwicklung bewirken und orientiert auf grüne Technologien Arbeitsplätze schaffen soll. Die Chance der LINKEN besteht hingegen darin, im Unterschied zu den Grünen auf die für einen sozial-ökologischen Umbau notwendigen Veränderungen der Eigentums-, Verfügungs- und Verteilungsverhältnisse zu drängen, die Profitdominanz in Frage zu stellen, eine Überschätzung marktkonformer Instrumente wie die totale «Verpreisung» und Zertifizierung der Natur zu vermeiden, aber durchaus marktmäßige Instrumentarien in politisch gesetzte, demokratisch erarbeitete Ziele und Standards, in Strukturpolitik, Ge- und Verbote einzufügen und konsequent für soziale Gerechtigkeit als Bedingung des ökologischen Strukturwandels zu wirken.

Die Zeit drängt. Nach Ansicht von Experten besteht für eine weitreichende Veränderung der Klima- und Energiepolitik zur Abwendung einer Klima- und Biodiversitätskatastrophe nur ein Zeitraum von einer bis eineinhalb Dekaden zur Verfügung. Es ist nicht damit zu rechnen, dass bis dahin die Macht des Kapitals gebrochen sein wird. Die heutigen Machteliten werden noch an der Macht sein. Und was bedeutet dies für linke Politik?

- Wird sie gegen die Mächtigen eine klassenübergreifende Kooperation mit Teilen der Machteliten suchen? Oder wäre das gleichbedeutend mit einer illusionärer Politik?
- Wird die Linke mit der auch bei ihr tief verwurzelten Orientierung auf herkömmliches Wachstum brechen? Wird sie programmatisch und praktisch eine nachhaltige Entwicklung erstreben und dabei eine kritische, sehr differenzierende und selektierende Haltung zum Wachstum einnehmen? Und welche Regulationsweise soll sowohl langfristige sozial-ökologische Strukturpolitik als auch demokratischen Einfluss von unten umfassen und zugleich die Regulierungspotenziale des Marktes ausschöpfen? Fragen – auf die Linke recht bald Antworten finden sollte.

Eine Orientierung auf demokratischen Sozialismus beschränkt sich nicht auf eine Vorstellung von einem fernen Ziel bzw. einer großen Vision. Das Handeln am demokratischen Sozialismus zu orientieren bedeutet, sich an den gegenwärtigen sozialen Kämpfen aktiv zu beteiligen und menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen.

Trotz aller Probleme und Bedrohungen sehen Sozialistinnen und Sozialisten optimistisch in die Zukunft. Ein chinesisches Sprichwort lautet:

«Der Pessimist sieht in jeder Chance eine Bedrohung.
Der Optimist in jeder Bedrohung eine Chance.»

Dr. Bernd Ihme ist Mitarbeiter im Bereich Strategie & Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Sein Betätigungsfeld ist die Programmdebatte der LINKEN.

LITERATURVERZEICHNIS

AL GORE: *Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde*. Frankfurt/Main 1992.

ALASKA 08/2008: *Hitzefrei. Zur globalen Dimension der Klimapolitik und ihren politischen Konsequenzen*. Bremen 2008.

«ALLES-SCHALL-UND-RAUCH». In: www.freitag.de/community/blogs/bememabel/alles-schall-und-rauch. vom 19.9.2009.

ALTNER, GÜNTER; HEIKE LEITSCHUH, GERD MICHELSEN, UDO E. SIMONIS, ERNST U. VON WEIZSÄCKER (HRSG.): *Umwälzung der Erde: Konflikte um Ressourcen – Jahrbuch Ökologie 2010*. Stuttgart 2010.

ALTVATER, ELMAR: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster 2005.

ANALYSE & KRITIK: *Die Linke und die sozial-ökologische Frage, mit Texten von Olaf Bernau, Anna Blume, Ulrich Brand, Bernd Brouns, Tazio Müller, Alexis Passadakis u. v. m.* Sonderbeilage in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2009.

ANNAN, KOFI: In: UNRIC/129/Mai 2006.

ARKTIS IN ZEHN JAHREN FAST EISFREI? In: *Tagesspiegel* vom 16.10.2009.

BACHMANN, HARTMUT: *Die Lüge der Klimakatastrophe. Der Auftrag des Weltklimarates*. Frieling-Verlag, Berlin 2008.

BAUHARDT, CHRISTINE: *Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit*.

BEITRÄGE ZUR UMWELTPOLITIK. *Heft 2/2008*. Konferenz November 2007 in Hamburg. Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE.

BENNHOLDT-THOMSEN, VERONIKA; MARIA MIES: *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*. München 1997.

BIESECKER, ADELHEID; WOLFRAM ELSNER (HRSG.): *Erhalten durch Gestalten. Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie*. Frankfurt/Main 2004.

BISCHOFF, JOACHIM; HEINZ J. BONTRUP, ALEX DEMIROVIC U. A.: *Wirtschaftsdemokratie. Alternativen zum Shareholder-Kapitalismus*. Hamburg 2006.

BÖTTIGER, HELMUT: *Klimawandel: Gewissheit oder politische Mache? Imhof-Verlag, Petersberg 2008*.

BRAND, ULRICH: *Wie «grün» muss die Linke sein?* Standpunkte 6/2007, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

BRIE, MICHAEL UND CHRISTOPH SPEHR: *Was ist Sozialismus?* In: *kontrovers* 1/2008, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

BRÜGGEMEIER, FRANZ-JOSEF; THOMAS ROMMELSPACHER (HRSG.): *Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert*. München 1987.

BRÜGGEN, WILLI: *Vom Umbaumodell zur Umbaupolitik, in: Edelgard Buhlmann, Peter von Oertzen und Joachim Schuster (Hrsg.): Jenseits von Ökosteuern. Konturen eines ökologisch-solidarischen Reformprojektes im Übergang zum Postfordismus*. spw-Jahrbuch 1995/96, Dortmund 1995.

BRUNNENGRÄBER, ACHIM: *Prima Klima auf dem Markt? Der Handel mit dem Recht, die Luft zu verschmutzen*. In: *PROKLA* 3/2009

BÜCHEL, KURT G.: *Der Klimaschwindel*. Bertelsmann Verlag, München 2007.

BUKO: *Zwischen Sparstrümpfen und Gigabytes. Der Ökologen Lust, der Frauen Frust. Eine feministische Kritik zur Nachhaltigkeit und der Studie «Zukunftsfähiges Deutschland»*. Hamburg 1996.

BULLING-SCHRÖTER, EVA: *Thesenpapier: Nachhaltigkeit und linke Politik*.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT: *Masterplan Umwelttechnologien*. 12. November 2008.

BUNDESTAGSFRAKTION DIE LINKE: *Für soziale und umweltgerechte Energiepreise*. 2008.

BUNDESTAGSFRAKTION BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: *Nachhaltiger Konsum für morgen*. März 2009.

CANDEIAS, MARIO: *«This party is so over...» – Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal*. In: Ders., Rainer Rilling (Hrsg.): *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*. Reihe Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dietz, Berlin 2009.

CANDEIAS, MARIO UND KUHN, ARMIN: *Grüner New Deal – kapitalistischer Weg aus der Krise?* In: *Das Argument* 279, Heft 6/2008, S. 805 ff

DELLHEIM, JUDITH; FRIEDER OTTO WOLF: *Die Green New Deals – Positionen von links*. Standpunkte 11/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

DENKWERKZUKUNFT. www.denkwerkzukunft.de

EBLINGHAUS, HELGA; ARMIN STICKLER: *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt/Main 1996.

ENERGIEWENDE – SOZIAL, ÖKOLOGISCH, FRIEDLICH. *Thesenpapier zur Konferenz «Klima & Energie – Macht – Arbeit»*. 2. bis 4. November 2007 in Hamburg.

FÜCKS, RALF: *Die ökologische Transformation des Kapitalismus*. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Struktur, 4. August 2009.

FÜCKS, RALF: *Was vergeht und neu entsteht*. «Böll. Thema» Ausgabe 1/2009.

FÜCKS, RALF; KRISTINA STEENBOCK: *Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?* In: *Grüne Marktwirtschaft*. Berlin 2007.

GIEGOLD, SVEN; DAGMAR EMBSHOFF (HRSG.): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg 2008.

GLOBAL 2000. *Der Bericht an den Präsidenten*. Frankfurt/Main 1981.

- GROLL, FRANZ: *Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung*. VSA Verlag 2009.
- HEITMEYER, WILHELM (HRSG.): *Deutsche Zustände. Folge 8*. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2009. Vgl. auch: Wutgetränkte Apathie. In: Spiegel vom 3.4.2010.
- HINTERBERGER, FRIEDRICH; HARALD HUTTERER, INES OMANN, ELISABETH FREYTAG (HRSG.): *Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium*. Wien 2009.
- INFORMATION DER LINKEN UM EUP. *Klimaschutz in der EU*. Dezember 2009.
- INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE: *Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke*. kontrovers 01/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- JACKSON, TIM: *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. London 2009.
- JUGENDSTUDIE VOM RHEINGOLD-INSTITUT FÜR QUALITATIVE MARKT- UND MEDIENANALYSEN AUS DEM JAHRE 2007.
- KAUFMANN, STEFAN; TADZIO MÜLLER: *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*. Reihe «einundzwanzig» der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Karl Dietz Verlag, Berlin 2009.
- KLAUTKE, ROLAND; BRIGITTE OEHRLEIN (HRSG.): *Globale Soziale Rechte*. Hamburg 2008.
- KLEIN, DIETER: *Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht*. Reihe «einundzwanzig» der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Karl Dietz Verlag, Berlin 2008.
- KLEIN, DIETER: *1989/2009 – Ungelöstes*. In: Standpunkte 20/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- KLIMAÄNDERUNG 2007. *Vierter Sachstandsbericht. IPCC Hrsg.: Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen*. 2007.
- KONFERENZ «KLIMA & ENERGIE – MACHT – ARBEIT». *Beiträge*. November 2007. Hamburg.
- KULTUR UND NACHHALTIGKEIT. *Thesen. Rat für Nachhaltige Entwicklung*. Januar 2002, Berlin.
- LEGGEWIE, CLAUD; HARALD WELZER: *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten: Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*. Frankfurt am Main 2009.
- LÜDECKE, HANS-JOACHIM: *CO₂ und Klimaschutz: Fakten, Irrtümer, Politik*. Bouvier-Verlag, Bonn 2008.
- LUXEMBURG, HEFT 1/09: *Debatte Green New Deal – Wolfgang Sachs, Basis wechseln. Für eine lebensdienliche Marktwirtschaft; Stephan Kaufmann und Tazio Müller, Wider den Wachstumswahn. Für Klimagerechtigkeit; Frieder Otto Wolf, Den Green New Deal instandbesetzen! Für eine sozial-ökologische Transformation. Außerdem: Nicola Bullard, Gut leben. Abschied von der «MachoÖkonomie»*.
- MANN, TORSTEN: *Rote Lügen in grünem Gewand. Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung*. Kopp-Verlag, Rottenburg, 2009.
- MASTERPLAN UMWELTECHNOLOGIEN DER BUNDESREGIERUNG. November 2008.
- MEADOWS, DENNIS U. A.: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart 1972.
- MEADOWS, DONELLA; DENNIS MEADOWS, JØRGEN RANDERS: *Grenzen des Wachstums: Das 30-Jahre-Update*. Stuttgart 2006.
- MEIER, KLAUS; EVELIN WITTICH (HRSG.): *Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung*. Beiträge und Diskussionen, Berlin 2007.
- NACHHALTIGKEIT. *Grundkurs*. In: www.dadalos-d.org/nachhaltigkeit/grundkurs.de
- ÖKOSYSTEM ERDE. In: www.oekosystem-erde.de
- POLITISCHE ÖKOLOGIE 118. *MULTIPLE KRISE: Ende oder Anfang für eine gerechte Welt?* Zeitschrift, oekom verlag, Mitherausgeber: Heinrich Böll Stiftung, Dezember 2009.
- POLITISCHER KLIMAWANDEL. *Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Ausage 1/2010, Berlin.
- POSITIONSPAPIER ZUM FORTSCHRITTSBERICHT DER NATIONALEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE AUS DER GESCHLECHTERPERSPEKTIVE. In: *genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit*. LIFE e. V.
- PRONEOLIBERALE ANTWORTEN AUF DIE ÖKOLOGISCHE KRISE. *Einer Skizze*. In: *ak – analyse & kritik* 536/20.2.2009.
- RAHMSTORF, STEFAN; HANS JOACHIM SCHELLNHUBER: *Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie*. München 2006.
- ROGALL, HOLGERT: *Nachhaltige Ökonomie, Ökonomische Theorie und Praxis einer Nachhaltigen Entwicklung*. Marburg 2009.
- RÖHR, ULRIKE: *Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik*. In: *Das Argument*. Heft 5/2009.
- ROSENKRANZ, GERD: *Bilanz 2009: Mehr Schein als Sein?* In: *ND* vom 28.12.2009.
- SACHS, WOLFGANG: *Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie*. Frankfurt/Main 2002.
- SCHACHTSCHNEIDER, ULRICH: *Green New Deal – Sackgasse sonst nichts?* In: *Standpunkte* 17/2009, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- SCHACHTSCHNEIDER, ULRICH: *Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei*. *Standpunkte* 2/2008, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- SCHÄFER, VELTEN: *Strom selber machen*. In: *ND* vom 14.1.2010.
- SCHERF, DIETER: *Wachstum mindert Lebensqualität*. In *Natur + Umwelt* 3-2007.
- SCHLECHT, MICHAEL: *Der «Red New Deal» – sozial und öko*. In *ND* vom 9.4.2010.
- SCHÖN, SUSANNE; DOROTHEE KEPPLER, BRIGITTE GEISSEL: *Gender und Nachhaltigkeit*. Diskussionspapier des Zentrums Technik und Gesellschaft der TU Berlin Nr. 01/2002, Berlin 2002.
- SCHUI, HERBERT: *Weltgeld fürs Weltklima*. In: *der freitag* Nr. 1 vom 7.1.2010
- SCHULTE, MARTIN; ELIAS BUTZMANN: *Thesenpapier «Lebens-Mittel». Kann eine andere Art des Essens und Trinkens voraussichtliche materielle Wohlstandverluste kompensieren?* Denkwerk Zukunft, Bonn, Oktober 2009.
- SCHULTZ, IRMGARD: *Keine Frage guten Willens. Interview über Zukunftsfähiges Deutschland, Frauen und Ökologie*. In:

Küchenkoller. Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 201. Bremen 1996.

SCHULTZ , IRMGARD; ELVIRA SCHEUCH: *Ökologie und Feminismus*. Frankfurt/Main 1989.

SPEHR, CHRISTOPH: *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise*. Wien 1996.

SPEHR, CHRISTOPH: *Den Laden schmeißen. Alternative Produktion und Selbstverwaltung*. In: Roland.

STROHSCHNEIDER, TOM: *Immer geradeaus*. In: der Freitag, 28.12.2009.

SWYNGEDOUW, ERIK: *Immer Ärger mit der Natur: «Ökologie als Opium fürs Volk»*. In: Prokla 3/2009.

TILLERSON, REX: *Der letzte Dinosaurier*. In: Financial Times Deutschland vom 15.12.2009.

UNION OF CONCERNED SCIENTISTS (UCS). *Scientists' Report Documents ExxonMobil's Tobacco-like Disinformation Campaign on Global Warming Science*. 3. Januar 2007.

WAS WEISS DIE POLITIK SCHON ÜBER DAS KLIMA? In: Zeit online vom 22.12.2009.

WIECHMANN, TORSTEN, PETER WIRTH (HRSG.): *Ökologischer Umbau in Städten und Regionen*. IÖR-Schriften, Dresden 2005.

VON WEIZSÄCKER, ERNST ULRICH; AMORY B. LOVINS UND L. HUNTER LOVINS: *Faktor Vier. Doppelte Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch*. München 1995.

VOR DEM KLIMAGIPFEL. Standpunkte 18/2008. Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ZIMPELMANN, BEATE; HANS-L. ENDL (HRSG.): *Zeit ist Geld. Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung*. Hamburg 2008.

ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND IN EINER GLOBALISIERTEN WELT. *Studie des Wuppertalinstituts für Klima, Umwelt, Energie*. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2009, S. 26.

IMPRESSUM

KONTROVERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de